

Inhalt

Vorbemerkung

Diskussion

Sava Djahov: Sozialismus und Kapital	4
Manfred Englisch: Zur DDR-Kritik in den AzD 92	27
Manfred Englisch: Analyse der Niederlagen	30
Karl-Heinz Goll: Zu den „Novemberfragen“ von Heiner Karuscheit	34

Leserbriefe	37
--------------------------	----

Dokumentation

Die Linke nach ihrem Bundesparteitag (Andreas Wehr)	39
Inhalt und Schluss des Buchs „Sozialismus ohne Basis“ (H.Karuscheit) ...	45

Vorbemerkung

Als Reaktion auf die letzten AzD-Nummern haben uns eine Reihe von Zuschriften erreicht, die sich mit den historischen Niederlagen der Arbeiterbewegung beschäftigen und das Interesse der Leserschaft an diesem Thema widerspiegeln. Wir haben uns entschlossen, die vorliegende Ausgabe ausschließlich mit den eingegangenen Beiträgen herauszugeben, auch wenn das Heft dadurch dünner als gewöhnlich ist.

Sava Djahov befasst sich gänzlich unorthodox mit dem Zusammenhang von Sozialismus und Warenproduktion bzw. Kapital. Neben der VR China, die er als sozialistisch verteidigt, beleuchtet er im Zusammenhang mit Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus“ insbesondere die Produktionsverhältnisse der Nachkriegszeit in der Sowjetunion. Man kann seinen Begriff vom Kapital kritisieren, aber das ändert nichts an den Fakten über die sowjetische Wirtschaft, die er zusammengetragen hat und die sonst nirgends zu finden sind.

Sein Beitrag wirft ein bezeichnendes Licht auf eine Linke, die zwar uferlos über den Stalinismus rasonieren kann, aber bis heute nicht eine einzige substanzielle Untersuchung der Produktionsverhältnisse und Machtstrukturen in der Stalinzeit fertiggebracht hat, obwohl die sowjetischen Archive seit 30 Jahren geöffnet sind.

Da das Thema „Warenproduktion und Sozialismus“ von grundsätzlicher Bedeutung ist und die Frage nach dem sozialistischen oder kapitalistischen Charakter der VRCh nicht nur in der Linken, sondern auch in unseren Reihen kontrovers debattiert wird, haben wir vor, die Fragestellung in der kommenden Zeit zu vertiefen.

In weiteren Diskussionsbeiträgen setzt Manfred Englisch sich mit den Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung sowie mit der DDR-Kritik in den letzten AzD auseinander, und Karl-Heinz Goll nimmt zur Einschätzung der Novemberrevolution Stellung.

Einige Beiträge verweisen gehäuft auf Internetquellen. Da die AzD zeitnah ins Netz gestellt werden (auf der Webseite *Kommunistische Debatte*), können die Links dort einfacher nachverfolgt werden.

In einem Leserbrief steht: „ich lese und schätze Eure Zeitschrift schon lange, weil Ihr versucht, den Anspruch, Geschichte (und irgendwann mal Politik?) als Ausdruck von Klassenkämpfen zu begreifen, einzulösen und damit z.T. überraschende Erkenntnisse zu Tage fördert.“ In der Tat stand in den letzten Jahren die Geschichte der Arbeiterbewegung im Zentrum unserer Arbeit, denn „ohne überzeugende Aufarbeitung des großen Scheiterns eines ersten Versuchs, den Sozialismus auf

deutschem Boden aufzubauen, sind deutsche Kommunisten dazu verurteilt, alte Fehler und Schwächen ihrer Programmatik und Politik erneut zu wiederholen“, wie es in einer anderen Zuschrift heißt.

Dieser Aufgabenstellung fühlen wir uns umso mehr verpflichtet, weil die restliche Linke sich hartnäckig davor drückt. Um noch einmal aus einem Leserbrief zu zitieren: unsere Arbeit ist „Ausdruck einer wirklich gewollten Diskussion, die die DKP und die Rest-SED-Kader in der Linkspartei leider nicht führen. Dort weigert man sich beharrlich, die tieferen Ursachen der Niederlage zu verstehen“.

Dabei sind sich die Herausgeber der AzD darüber im Klaren, dass die Aufarbeitung des Scheiterns zwar unabdingbar ist, um dem revolutionären Marxismus neue Glaubwürdigkeit zu verschaffen, aber die Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Bewegung nicht ersetzen kann – zumal wenn die Zersetzung des bisherigen politischen Systems der Volksparteien weiter so voranschreitet wie gegenwärtig.

Nur ist unser Mitarbeiterkreis so klein, dass politische Themen in den letzten Jahren vernachlässigt wurden. Deshalb behelfen wir uns gegenwärtig damit, in der Rubrik *Dokumentation* sowie per Mail in den *Info-Briefen* der Redaktion Beiträge zu politischen Fragen aus der deutschen und internationalen Presse weiterzugeben, die uns wichtig erscheinen.

Aufgrund der vermehrten Nachfrage nach alten AzD-Ausgaben bemühen wir uns, diese zu digitalisieren und auf die Seite der „Kommunistischen Debatte“ zu stellen (www.kommunistische-debatte.de).

Außer Leserzuschriften haben wir in der letzten Zeit auch einige sehr großzügige Spenden erhalten, für die wir uns hiermit herzlich bedanken.

Schließlich dokumentieren wir noch einen Beitrag von Andreas Wehr über „Die Linke nach ihrem Bundesparteitag“, außerdem Inhaltsverzeichnis und Nachbemerkung des Buchs von Heiner Karuscheit „Sozialismus ohne Basis – Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR“, das soeben im Berliner *Verlag am Park* erschienen ist.

Mailadresse zur Kontaktaufnahme mit der Redaktion, Bestellungen, Mitteilungen etc: >azd72@gmx.de<

Spenden: Wer die Herausgabe der AzD über Briefmarken hinaus mit einer Geldspende unterstützen will, kann von der Redaktion eine Kontoverbindung erhalten.

Diskussion

Sava Djahov

Sozialismus und Kapital

Zuallererst möchte ich mich bei der Redaktion der AzD herzlich bedanken, für das Vertrauen mir gegenüber und die Gelegenheit, mich hier zu äußern und ein stabileres Publikum zu erreichen. Bisher war ich nur in diversen Foren und sozialen Netzwerken aktiv.

In sozialen Netzwerken und Foren bin ich als "palette" unterwegs und möchte mein Essay mit einem Tweet von mir einleiten:

<https://twitter.com/qalette/status/1193983331278434304>

"Sozialismus ist die planmäßige, gesellschaftliche Aneignung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten.

Nicht die erträumte Abschaffung der Wirtschaft, sondern ihre Aneignung."

Ich leite deswegen damit ein, weil dort ein, wie ich finde, gängiges Missverständnis zur Sprache kommt, das sowohl Gegner als auch Anhänger des Sozialismus pflegen: Dass Sozialismus so etwas wie "Abschaffung der Wirtschaft", "Überwindung von Marktwirtschaft" oder "Wertgesetz wirkungslos machen" – wie auch immer man es nennen mag – bedeuten würde. Diese Betrachtung ist falsch, grundfalsch.

Vorgeschichte

Marktwirtschaft (und somit das Wertgesetz) gibt es, seit es Menschen gibt. Schon seit der Steinzeit kann man Handel nachweisen. Nicht bei Neandertalern, bei ihnen wurden nie Gegenstände aus mehr als 100 km Entfernung gefunden. Auch die Versuche mit Primaten, die zeigen sollen, dass z.B. Schimpansen einen Begriff von "Wert" hätten, überzeugen nicht.¹ Aber es besteht kein Zweifel, dass der moderne Mensch, Homo Sapiens, seit jeher Handel treibt. Nicht unbedingt schon vor 200.000 Jahren, aber spätestens im Zuge der "kognitiven Revolution"² vor ca. 70.000 Jahren, als mit der Entwicklung abstrakter Sprache Kultur im Sinne einer "zweiten Naivität" (wobei "erste Naivität" instinktgeleitetes Handeln meint) zum Wesensmerkmal des Menschen wird, entsteht nachweislich auch Handel. Handel zu treiben ist

¹ Was diese Versuche aber zeigen, ist Wertschätzung, vermutlich eine Vorform des ökonomischen Werts. Sehr beeindruckend demonstriert von Kapuzinern: <https://youtu.be/meiU6TxysCg>. Unbedingt ansehen! 2:43 min.

² Auch "behavioral modernity" <https://w.wiki/32Vq> genannt. Anatomisch moderne Menschen gibt es seit grob 300.000 Jahren, nachweislich "modernes" Verhalten seit ca. 50.000 Jahren, und es ist bis heute unklar, was da genau in der Biologie passiert ist. Das ist eines der Schlachtfelder ideologischer Debatten unserer Zeit.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

Bestandteil dieses Knäuels aus Sprache, Musik, Kunst, Spiritualität – kurz: der Sozialität des Menschen als Kulturwesen.

Dem aktuellen Stand der Wissenschaft zufolge begann die Entwicklung dahin vor ca. 70.000 Jahren mit der "kognitiven Revolution" (Begriff von Yuval Noah Harari); voll ausgeprägt nachweisbar ist sie beim Cro-Magnon-Menschen vor ca. 35.000 Jahren. Man geht davon aus, dass das biologische Potenzial des modernen Menschen zu dieser Zeit voll entwickelt war und ein heute aufwachsendes Cro-Magnon-Baby alle Karrierechancen hätte und ohne Probleme Pilot oder Physiker werden könnte.³ Dass somit also seit mehr oder weniger 50.000 Jahren die Evolution des Menschen mehr technologisch-soziokultureller als biologischer Natur ist.⁴ Darum pflege ich "Individualisten" zu entgegnen: Ohne Gesellschaft wärst du nichts weiter als ein vereinsamer Homo Sapiens von vor 100.000 Jahren.

Auch Kapital im Sinne von akkumulierter und vergegenständlichter Arbeitskraft ("*tote Arbeit*") gibt es schon seit der Steinzeit. Vor den Cro-Magnon-Menschen kannte der Homo Sapiens im Prinzip nur eine Grundform an Steinwerkzeug, die verschieden zugerichtet wurde. Genauso wie die Neandertaler. Das kann man nicht als "Kapital" bezeichnen.⁵ Ab den Cro-Magnon-Menschen aber gibt es eine Spezialisierung. Es gibt Messer, Äxte, Pfeil- und Speerspitzen, und vieles mehr. Die haben ein richtiges Repertoire an Werkzeugen, das sich stetig weiterentwickelt.

Und das setzt sowohl Geräte zum Werkzeugbau als auch eine Form von Bildung voraus, wodurch akkumuliertes und sich stetig verfeinerndes Wissen über komplexe Arbeitsprozesse mitsamt der entsprechenden Fertigkeiten und Gerätschaften über Generationen hinweg weitergegeben werden kann. Sowohl dieses technologische Wissen als auch die immer feiner und spezialisierter werdenden Fertigkeiten und Geräte sind nichts anderes als Kapital.

Höchstwahrscheinlich wurden schon damals nicht nur Gegenstände, sondern auch Ideen und Technologien gehandelt. "Gib du mir diesen Axtschaft, und ich zeige dir, wie man diese Pfeilspitzen macht." Zum Beispiel. Handelsbeziehungen wurden mit Fremden unterhalten, innerhalb einer Gruppe gab es keine Marktbeziehungen. Gibt es ja auch heute in der Regel nicht. Zum Beispiel handelt man normalerweise nicht im Rahmen seiner Familie oder WG. Das ist der zentrale Punkt, meiner

³ Das wird zwar hin und wieder auch vom Neandertaler behauptet, aber das ist Wunschdenken. Wen's näher interessiert: <https://youtu.be/1eusifSg2edg>. Da diese Sachen Grundlagenwissen darstellen, möchte ich auch diesen sehenswerten Vortrag empfehlen, über das menschliche Gehirn: https://youtu.be/7_XH1CBzGw.

⁴ Was die Biologie natürlich nicht aufhebt. Jede nachhaltige Kultur muss diese allererste materielle Bedingung angemessen berücksichtigen.

⁵ Die Evolution von Steinwerkzeugen wird in vier Stufen unterteilt: Oldowan (Mode I) <https://w.wiki/366B>; Acheulean (Mode II) <https://w.wiki/366D>; Mousterian (Mode III) <https://w.wiki/366E> ist Neandertaler-Level; Aurignacian (Mode IV) <https://w.wiki/366G> ist Cro-Magnon-Level, das sich allmählich zum Neolith verfeinert.

Meinung nach, dieses Innen/Außen. Handel, Markt, Kapital, Wertgesetz – all das kennt die Menschheit seit der Steinzeit. Nicht, *dass* diese Sachen existieren, sollte Thema sein, sondern *wie* sie existieren. Ich lasse mal diesen Text da: Jared Diamond: *The Great Leap Forward*

https://wps.pearsoncustom.com/wps/media/objects/6904/7070246/SOC250_Ch01.pdf

Obwohl es also bereits in der Steinzeit Handel und Marktbeziehungen zwischen den Menschen gab, würde niemand auf die Idee kommen, dass das Kapitalismus war. Das wäre absurd! Warum also neigen Leute dazu, Marktwirtschaft und Kapitalismus gleichzusetzen? Das regt mich jedes Mal auf. Vor allem, wenn diese Gleichsetzung von linker Seite kommt, von Sozialisten, Kommunisten und Marxisten. Meiner Meinung nach reproduzieren wir damit das Mantra der Anhänger des Kapitalismus, wonach Kapitalismus quasi die "natürliche Wirtschaftsform" sei.

Denn Marktwirtschaft kann man tatsächlich – wenn man will – als "natürliche Wirtschaftsform" bezeichnen. Kapitalismus aber eben nicht! Es gibt keinen Gegensatz zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft. Und die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die zur Herausbildung des Kapitalismus geführt haben, stehen genauso wenig im Gegensatz zum Sozialismus. Im Gegenteil, im Sozialismus muss es darum gehen, Herr dieser Gesetzmäßigkeiten zu werden und diese auf die Spitze zu treiben! Genau darum soll es in diesem Text gehen.

Der sowjetische Privatsektor

Ich weiß nicht, woher das kommt, aber wir alle neigen in der einen oder anderen Form dazu, Sozialismus zu idealisieren. In der Regel äußert sich das so, dass man Kommunismus und Sozialismus nicht voneinander unterscheiden kann, bzw. eine Erwartung hat, wonach "kommunistische Tendenzen" im Sozialismus doch eindeutig erkennbar sein müssten, man aber das Gegenteil beobachtet. Wie z.B. das erwartete Überwinden von Lohnarbeit und Warenproduktion, die ja beide im Sozialismus statt abzunehmen eher zunehmen.

Als spontanes Beispiel fällt mir Martin Schlegels Rezension des Buchs "*Chinas große Umwälzung*" in der letzten Ausgabe der AzD (92) ein, wo er "die Lohnarbeit und die Warenproduktion ins Zentrum [der kapitalistischen Produktionsweise] stellt" (S. 58). Angesichts der Entwicklung der letzten Jahrzehnte neigt Schlegel offenbar dazu, "China als kapitalistisch zu kennzeichnen mit Besonderheiten, wie sie jedes kapitalistische Land hat." (S. 63) Für mich hingegen ist China eindeutig sozialistisch. Gerade die enorme Ausweitung von Warenproduktion und Lohnarbeit ist charakteristisch für die sozialistische Natur der chinesischen Wirtschaft. Darauf komme ich zurück. Zunächst will ich ein paar Sachen am historischen Beispiel der Sowjetunion ausarbeiten.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

"*Die Schlüsselkrise der 50er Jahre in der Sowjetunion*" von Heiner Karuscheit (AzD 67)⁶ ist ein lesenswerter und lehrreicher Text. Allerdings fällt auf, dass der Autor jenseits der Agrar-Kolchosen keine Genossenschaften nennt. An einer Stelle spricht er gar explizit von "beiden Sektoren, in denen individuelle Konsumtionsmittel produziert wurden (des **agrarisches-genossenschaftlichen** und des **industriell-staatlichen**)".⁷ Karuscheit scheint zu glauben, dass alles jenseits des Agrarsektors verstaatlicht gewesen sei. Genau das war aber nicht der Fall.

Das Folgende ist für mich selbst noch voller Fragen, darauf komme ich am Schluss zurück. Aber ein paar Tatsachen können dennoch klar benannt werden: Zu Stalins Zeiten gab es in der Sowjetunion einen riesigen Privatsektor in Form von Genossenschaften und Einzelunternehmern. "Riesig" im relativen Sinne, bezogen auf die Geschichte der UdSSR: Der **sozialistische Privatsektor** war während der Stalinzeit am größten, und zwar auch deutlich größer als zu Zeiten der Perestroika.

Marx hatte ja zwischen **Abteilung I** (*Herstellung von Produktionsmitteln*) und **Abteilung II** (*Herstellung von Konsumgütern*) unterschieden. Und während der Stalinzeit wurde Abteilung I zentral vom Staat geplant und betrieben, Abteilung II jedoch war weitgehend offen für dezentrale und (streng regulierte) marktorientierte wirtschaftliche Aktivitäten der Bevölkerung. Insbesondere Handwerk und Dienstleistungen, aber auch Industriebetriebe, waren genossenschaftlich (bzw. einzelunternehmerisch) organisiert. Das waren teilweise richtige Großbetriebe. Diese Unternehmen operierten nicht vollständig unabhängig, sondern waren eng mit dem staatlichen Sektor verwoben. Wie das im Einzelnen aussah, ist mir nicht ganz klar, aber mir scheint, es war eine quasi-keynesianische Beziehung, wo der Staat bloß wichtiger Kunde und Auftraggeber war. Tatsache ist jedenfalls, dass diese Kollektivbetriebe eine gewisse Unabhängigkeit hatten und **Waren für den Verkauf** produzierten. Das waren im Prinzip Markenwaren, wobei die Genossenschaft die Marke war.

An dieser Stelle muss ich kurz betonen, dass es zu der Zeit eine ganz spezifische "Konsumkultur" in der UdSSR gab und Güter oft als reine Gebrauchsgegenstände produziert wurden, die allen zugutegekommen sind, nicht bloß dem einzelnen Konsumenten. Das klassische Beispiel ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs anstelle von individualisierter Motorisierung. Und zwar über den Ausbau von Metro und Straßenbahn hinaus: So kamen die berühmten Automodelle ZIS 101 und 110 nie in den Verkauf, sondern wurden zugeteilt, und die privat genutzten Fahrzeuge dieser Modelle auf den Straßen waren Taxis, also öffentliches Gut. Sowjetische Alltagskultur insgesamt verdient viel mehr Aufmerksamkeit. Ich bitte um Verständnis, dass ich das im Rahmen meines Essays nicht vertiefen kann.⁸ Jedenfalls wuchs der sozialistische Privatsektor kontinuierlich, und zwar durchgängig bis 1956, als man unter Chruschtschow begann, diesen Sektor zu liquidieren. Begründet wurde dieser Schritt

⁶ https://kommunistische-debatte.de/?page_id=1687

⁷ Satz zur Fußnote 42 (ich habe nur die Online-Version ohne Seitenangaben), Hervorhbg von mir.

⁸ Weiter unten hab ich Feuchtwangers Reisebericht von 1937 verlinkt, er nennt weitere Beispiele.

damit, dass genossenschaftliche Unternehmen über die ihnen zugedachte Rolle hinausgewachsen seien und sich im Wesentlichen nicht von staatlichen Industriebetrieben unterschieden.⁹

Ein weiterer, vielleicht gar der eigentliche, Grund scheint im Verlauf der "Virgin Lands Campaign" gelegen zu haben: Nach dem Erfolg im ersten Jahr 1954 war der Ertrag 1955 weit niedriger als erwartet,¹⁰ was zu höheren Preisen für staatlich produzierte Waren führte, welche von den Genossenschaften unterboten wurden.¹¹ Konzipiert war das System jedoch andersherum: Produkte aus dem staatlichen Sektor waren grundsätzlich billiger. Die Preise für Waren aus dem Privatsektor waren nach oben gedeckelt und durften nicht mehr als 10-13% teurer sein als analoge Produkte aus staatlicher Produktion,¹² aber nach unten scheint es keine derartige Begrenzung gegeben zu haben (wird zumindest nirgends erwähnt). Es war offenbar bis 1955 nicht vorstellbar, dass Genossenschaften billiger als der Staat produzieren könnten. Diese "Virgin Lands Campaign" samt ihrer Auswirkungen ist insgesamt von zentraler Bedeutung für die Geschichte der UdSSR. Ein Thema für sich.

Am 14.4.1956 beschloss Zentralkomitee und Ministerrat, die **Genossenschaften** abzuschaffen.¹³ Zu diesem Zeitpunkt wurden ungefähr 33% der Textilwaren, 40% der Möbel, 70% der Küchengeräte aus Metall, und alles Spielzeug in der Sowjetunion von Genossenschaften hergestellt.¹⁴ Dieser gesamte Sektor mit etwa 2 Millionen Beschäftigten, die ca. 6% des BIPs der Industrie erwirtschafteten,¹⁵ wurde liquidiert.

Wie Karuscheit in "*Schlüsselkrise*" näher ausführt, wollte Chruschtschow darüber hinaus sogar die Kolchosen abschaffen und in Sowchosen umwandeln, aber die Bauernschaft war zu stark und ließ dies nicht zu. Mit Ausnahme des Agrarsektors war schon 1960 die gesamte Wirtschaft der UdSSR verstaatlicht. Die Rechtsform "Kooperative" bestand zwar fort, aber abgesehen von Behindertenwerkstätten und Kunsthandwerk nur jenseits des produktiven Sektors, wie z.B. in Form von Konsum- und Wohnungsgenossenschaften. Ich betone: Nicht Stalin, sondern Chruschtschow hat zwischen 1956 und 1960 die gesamte sowjetische Wirtschaft (mit Ausnahme des Agrarsektors) verstaatlicht.

⁹ <http://docs.cntd.ru/document/901704896>

¹⁰ Siehe z.B. https://en.wikipedia.org/wiki/Virgin_Lands_campaign#Yearly_Virgin_Land_performance.

¹¹ Siehe z.B. http://www.stoletie.ru/territoriya_istorii/kak_razrushali_rossijskuju_glubinku_2011-04-22.htm.

¹² Siehe z.B. <https://publizist.ru/blogs/4/9463/>.

¹³ Das war zwei Monate nach Chruschtschows "Geheimrede" auf dem 20. Parteitag. Ich bin davon überzeugt, dass es da einen Zusammenhang gibt, nicht nur, weil Stalin Genossenschaften wiederholt verteidigt hat. Diese "Geheimrede" ist sowieso ein Thema für sich...

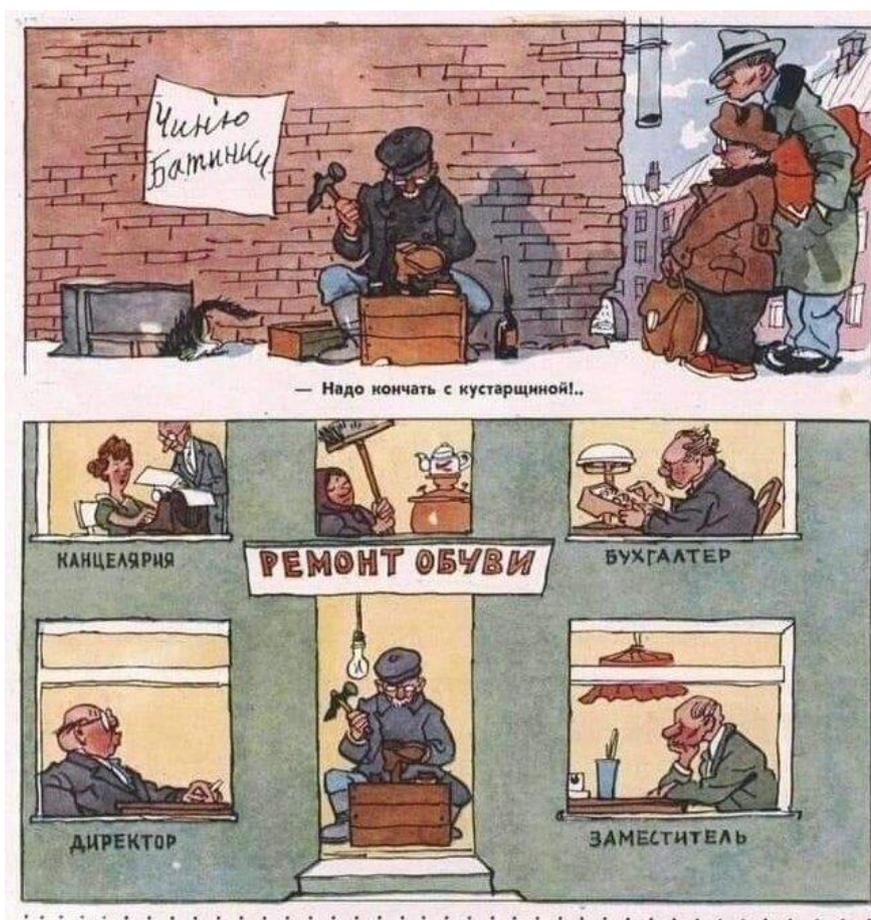
¹⁴ Siehe z.B. https://ru.wikipedia.org/wiki/Кооперативы_в_СССР#Промышленная_кооперация.

¹⁵ Ebd. Alle diese Aussagen finden sich in mehreren Quellen.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

Wie erwähnt gab es neben Genossenschaften auch **Einzelunternehmer**. Ich weiß leider nicht, wie groß dieser Sektor war, aber Reparaturdienste und ähnliches sind ohne Frage wichtige privatwirtschaftliche Angebote. Im Zuge der Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft hatte man auch Einzelunternehmungen liquidiert, nur war es praktisch unmöglich, diesen Sektor abzuschaffen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten von Einzelpersonen, die in ihrer Nachbarschaft tätig sind, haben natürlich nicht aufgehört, sondern wurden bloß in den Schwarzmarkt gedrängt.

Leider finde ich online keine Infos dazu, abgesehen von Gorbatschows "Gesetz Nr. 6050 H1" von 1986, das derartige Aktivitäten wieder zuließ (allerdings nicht als Haupterwerbstätigkeit), was mit Begeisterung von der Bevölkerung aufgenommen wurde und gerne als beispielhafte "anti-stalinistische" Reform im Rahmen der Perestroika charakterisiert wird...¹⁶ Ich kann also nicht sagen, wann Chruschtschow "individuelle Arbeitsaktivitäten" verboten hat, das wird in den Artikeln, die ich gelesen habe, nicht separat aufgeführt. Aber ich nehme an, das war 1959, denn es gibt eine berühmte Karikatur, die sich damit befasst, und diese Karikatur wurde im April 1959 im Satire-Magazin "Krokodil" (Nr. 10) veröffentlicht:



¹⁶ https://ru.wikipedia.org/wiki/Закон_об_индивидуальной_трудовой_деятельности

Die beiden Herren oben rechts verlautbaren: "Wir müssen diese rückständige Produktionsweise ('Basterei') überwinden!", und unten tauchen sie wieder auf als Manager (links) und Stellvertreter (rechts), mit Sekretärin, Assistent, Reinigungskraft und Buchhalter im Obergeschoss, wobei das Firmenschild von umgangssprachlich zu formal gewechselt ist.

Der Vollständigkeit halber: Eine weitere Folge der Abschaffung des Privatsektors, bei gleichzeitig chronischem Mangel an Konsumgütern, waren schwarz operierende Fabriken, deren Betreiber "**Zechovik**" genannt wurden. Das waren keine illegalen Genossenschaften oder so etwas, sondern klassische Mafiastrukturen, organisierte Kriminalität. Das Problem reicht in die Stalinzeit zurück, damals war es aber mehr klassischer Diebstahl bzw. Betrug.¹⁷ Erst die Abschaffung der Genossenschaften durch Chruschtschow machte das Zechovik-Wesen zu einem wirklichen Phänomen.

Hier ein Artikel auf Russisch dazu:

https://aif.ru/society/history/mezhdum_millionom_i_rasstrelom_samyeh_gromkie_dela_sovetskih_zechovikov

Der Google Translator¹⁸ macht insgesamt einen guten Job, um sich einen Eindruck zu verschaffen, aber mehr auch nicht. Da sind teilweise eklatante Fehler. Ein Beispiel aus der Mitte des Textes: Da steht in der Übersetzung "Roifman hatte die Produktion beendet und unglückliche Patienten, die praktisch kostenlos arbeiten konnten." Im Original steht das genaue Gegenteil: "Роифман получил готовое производство" bedeutet "Roifmann bekam eine fertige Produktion", eben die Werkstätten der neuropsychiatrischen Apotheke samt der dort beschäftigten Behinderten.

Wenn ihr euch in der jüngeren Geschichte Russlands auskennt, wird euch Roifmann an Bill Browder erinnern, der genau das gleiche Geschäftsmodell betrieb. Eben dadurch geriet er ins Visier der Ermittlungsbehörden, und der Fall weitete sich in der Folge aus zu den Sanktionsregimes "Magnitsky Act" und "Global Magnitsky Act", die bis heute die internationalen Beziehungen prägen. Wer sich dafür interessiert, sollte sich Nekrassows "*The Magnitsky Act – Behind the Scenes*"¹⁹ anschauen. Weiter unten fällt mir grad noch dieser Satz auf: "Seine Intervention ruinierte fast die gesamte Untersuchung, auf die Dunaev gehofft hatte." Da muss der Nebensatz

¹⁷ Die zuvor erwähnte Verwobenheit zwischen Staat und Genossenschaften ermöglichte verschiedene Formen der Veruntreuung in Millionenhöhe (der Wiki-Artikel nennt z.B. einen Schaden von 222,4 Mio. Rubel für 1940 und 431,3 Mio. Rubel für 1946), was regelmäßig zu Forderungen nach Abschaffung des Privatsektors führte.

¹⁸ Ich demonstriere die Problematik zwar am Beispiel Google, aber andere Übersetzungsprogramme wie Deepl sind nicht wirklich besser. Maschinelle Übersetzungen haben grundsätzlich Fehler.

¹⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=xEI24t84GSU> (deutsche Version)

Diskussion: Sozialismus und Kapital

in die Mitte, also so: "Seine Intervention, auf die Dunaev gehofft hatte, ruinierte fast die gesamte Untersuchung (Ermittlung)."

Und das war es auch schon...

Jenseits dieser doch recht oberflächlichen Ausführungen kann ich leider nichts weiter zum sozialistischen Privatsektor der UdSSR sagen. Ich denke, jeder Leser wird ein Gefühl der Unzufriedenheit spüren und zahlreiche Fragen haben. Geht mir genauso. Ich hab mehr Fragen als Antworten. Das Problem ist aber, dass niemand diese Sachen angemessen thematisiert. Warum auch? Es widerspricht den gängigen Vorstellungen vom Ostblock, wo selbstverständlich "alles verstaatlicht" war. War ja schließlich "Sozialismus". Und natürlich war es während der Stalinzeit am extremsten, schließlich hat erst Chruschtschow die Zügel gelockert und die Gesellschaft "entstalinisiert"...

Selbst diejenigen, die Chruschtschow "Revisionismus" vorwerfen und einen "anderen Blick auf Stalin" wagen, blenden den sozialistischen Privatsektor komplett aus. Sie sehen ihn offenbar nicht, und wenn doch, dann interpretieren sie diesen als "Überbleibsel des Kapitalismus" oder so etwas. Dieses Phänomen wird nicht als etwas wahrgenommen, womit man sich weiter beschäftigen müsste.

Ich weiß davon letztlich nur, weil das in marxistisch orientierten Kreisen in Russland mittlerweile fast schon Allgemeinwissen zu sein scheint. Vor etwa einem Jahr bin ich im russischen YouTube²⁰ darüber gestolpert und habe dann, anfangs ungläubig, in der russischen Wikipedia ein wenig quergelesen. Das ist meine Quellenlage... Ich kenne keine einzige (populär-) wissenschaftliche Publikation zu diesem Thema und habe nur Artikel in der russischen Wikipedia sowie in Medien bzw. Blogs gelesen. Hier ein paar Links, in denen die obigen Ausführungen zu finden sind:

https://ru.wikipedia.org/wiki/Артель#Советское_время

https://ru.wikipedia.org/wiki/Кооперативы_в_СССР

<https://ru.wikipedia.org/wiki/Цеховик>

[https://ru.wikiped-](https://ru.wikipedia.org/wiki/Закон_об_индивидуальной_трудо-)

[dia.org/wiki/Закон_об_индивидуальной_трудо-](https://ru.wikipedia.org/wiki/Закон_об_индивидуальной_трудо-)

[вой_деятельности](https://ru.wikipedia.org/wiki/Закон_об_индивидуальной_трудо-)
Darstellungen von Kommunisten:

<https://back-in-ussr.com/2018/02/chastnoe-predprinimatelstvo-stalinskoy-epohi.html>

<https://back-in-ussr.com/2017/10/malyy-i-sredniy-biznes-stalinskoy-epohi.html>

Der Google Translator schafft auch hier die bereits erwähnten Probleme, aber allein wegen der Bilder von Produkten aus Genossenschaften lohnen sich diese Texte. Ärgerlich finde ich nur diese übertrieben idealisierende Beschreibung der Stalinzeit. Das ist ein generelles Problem in Russland. Hier ein Text, in den auch

²⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=uZj3VbIV044>

persönliche Erinnerungen mit eingeflossen sind:

<https://publizist.ru/blogs/4/9463/>

Und hier ein Artikel aus der Zeitschrift "Jahrhundert" vom "Fond für historische Perspektive" (von Natalija Narotschnizkaja²¹ ins Leben gerufene NGO)

http://www.stoletie.ru/territoriya_istorii/kak_razrushali_ros-sijskuju_glubinku_2011-04-22.htm

Die Herrschaft der Bürokraten

Die totale Verstaatlichung hat katastrophale Konsequenzen gehabt und meiner Meinung nach das Ende der Sowjetunion eingeleitet. Das Problem im Ostblock war ja nicht die Schwer-, sondern die Leichtindustrie, die Produktion von Konsumgütern, wo marktorientierte, dezentral operierende Genossenschaften wesentlich effektiver Bedarf ermitteln und die Produktion entsprechend ausrichten können als ein vom Zentralstaat verfasster Plan es kann. Die historische Erfahrung ist hier eindeutig.

Darüber hinaus offenbart die totale Verstaatlichung grundlegende Denkfehler, die bis heute das linke Verständnis von Wirtschaft prägen. Der Sozialismus-Begriff, der hier zum Tragen kam, prägt das gesamte sozialistische, kommunistische, marxistische, usw. Lager, egal ob autoritär, antiautoritär, oder welche Richtung auch immer.

Chruschtschow hat im Grunde versucht, die chaotische wirtschaftliche Aktivität der Menschen zu systemisieren und durch zentrale "wissenschaftliche" Planung zu ersetzen. Dadurch würgte er aber die Vitalität der sowjetischen Zivilgesellschaft ab, die bis dahin wirtschaftlich sehr aktiv war. Eben dadurch schufen Chruschtschows Reformen die Basis für die vielen Ineffizienzen, welche zuerst zu Stagnation und schließlich zum Niedergang der UdSSR führten.

Der Staat ist nun mal nicht mit der Gesellschaft identisch. Das ist zwar eine banale Feststellung, aber gerade Banalitäten bekommen zu wenig Aufmerksamkeit. Die einen idealisieren den Staat (wie Chruschtschow), die anderen idealisieren die Gesellschaft (Anarchisten). Wenige haben einen klaren Begriff von der Beziehung zwischen diesen beiden offensichtlich verwandten Realitäten.

In einem Satz: Der Staat ist institutionalisierte Gesellschaft.²² Staat und Gesellschaft bedingen einander, aber sie tun es selten in harmonischer Weise. Die institutionalisierte "öffentliche Gewalt" entwickelt oft genug eine Art Eigenleben und steht der Gesellschaft entfremdet oder gar feindlich gegenüber. Und die totale Verstaatlichung war so ein feindlicher Akt des Staates gegenüber der Gesellschaft. Gut

²¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Natalija_Alexejewna_Narotschnizkaja

²² Dass der Staat zugleich ein Instrument der herrschenden Klasse ist, ist wiederum ein anderes Thema, das ich an dieser Stelle bewusst ausblende, um die Argumentation nicht zu überfrachten.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

gemeint ist noch lange nicht gut gemacht... Es spricht Bände, wenn Vergesellschaftung nur als Verstaatlichung gedacht werden kann.

Ich behaupte, dass selbst der Kommunismus als "staatenlose Gesellschaft" eine **öffentliche Gewalt** kennen wird. Aber diese wird rein administrativen Charakter haben und mitten in der Gesellschaft stehen. Sie wäre nicht länger eine von der Gesellschaft getrennte und ihr entgegenstehende Macht. Genau dieses Konzept muss aber schon im Sozialismus Leitidee sein. Der sozialistische Staat muss die gesellschaftliche Realität in angemessener Weise administrativ wiedergeben. Es darf nicht sein, dass der institutionelle Arm der Gesellschaft diese nach eigenen Vorstellungen zu formen versucht, um einen "neuen Menschen" zu schaffen.²³

Die realen Menschen, so wie sie sind, gehören in den Mittelpunkt. Und ob man es mag oder nicht, der Markt ist eine sehr menschliche Form wirtschaftlicher Aktivität. Ein zentraler "wissenschaftlicher" Plan kann niemals menschlichen Einfallsreichtum ersetzen. Die Geschichte des Ostblocks ist in dieser Hinsicht absolut eindeutig. (*"Geschäftemacherei" war Alltag im Ostblock, man denke nur an Taxifahrer²⁴ und Kellner.²⁵ Und obwohl es offiziell keine Prostitution gab und auch nicht geben konnte, haben viele Frauen als Prostituierte hinzuverdient.²⁶ Zwei Beispiele von vielen.*)

Es ist schon lange überfällig, entsprechende Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Sowohl im Kapitalismus als auch Sozialismus, in einer Sklavenhaltergesellschaft ebenso wie im Feudalismus gilt: "Die Gesetze der ökonomischen Entwicklung sind [...] objektive Gesetze, die die unabhängig vom Willen der Menschen sich vollziehenden Prozesse der ökonomischen Entwicklung widerspiegeln. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen [...], aber sie können sie nicht umstoßen oder neue ökonomische Gesetze schaffen." (Stalin: *Ökonomische Probleme*)

Um nicht missverstanden zu werden: Verstaatlichung an sich ist nicht das Problem. Das ist eine Form der Vergesellschaftung. Insbesondere bei Infrastruktur und komplexen Anlagen der Schwerindustrie wäre alles andere total ineffektiv, da die konkrete Organisation der Arbeitsabläufe sich aus den technischen Begebenheiten der Anlagen ergibt. Es macht Sinn, Abteilung I komplett und Abteilung II teilweise zu verstaatlichen. Jedoch sollte das eigentliche Grundprinzip die Genossenschaft sein. Die halt in manchen – perspektivisch vielleicht sogar in allen – Bereichen staatliche Ausmaße erreicht. Der Nationalstaat als ultimative Genossenschaft, sozusagen. Aber insgesamt sollte gelten: Lass die Leute doch Geschäfte machen und Geld

²³ Berthold Brecht hat diese Problematik in seinem Gedicht "Die Lösung" perfekt auf den Punkt gebracht.

²⁴ Wer diese Sachen zu ersten Mal hört: <https://www.youtube.com/watch?v=oeGsXKfrOug>.

²⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=dfLQuB7j8TQ>. Das sind Videos eines YouTubers aus der Ukraine, der sowjetischen Alltag zum Thema seines Kanals gemacht hat.

²⁶ <https://youtu.be/IVPSPUBJNuA> und https://ru.wikipedia.org/wiki/Проституция_в_СССР.

verdienen. Wo ist das Problem? Es geht doch letzten Endes darum, dass die Produktionsmittel denen gehören, die sie auch in Bewegung setzen, und dass die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist. Oder nicht?

Unter "Stalinismus" versteht man ja in der Regel die planmäßige Industrialisierung der Sowjetunion ab 1928, was als **Abkehr von Lenins NEP** interpretiert wird. Aber das stimmt nicht. Die NEP wurde erst mit Chruschtschow beendet. Der Übergang zur Planwirtschaft geschah zwar vor dem Hintergrund der Krise der NEP 1927 und führte zu linken Exzessen wie das totale Verbot privaten Handels im Oktober 1931. Da die NEP nie offiziell beendet wurde, wird eben dieses Verbot als ihr endgültiges Ende gewertet. Aber nur ein halbes Jahr später, im Mai 1932, wurde der private Handel wieder zugelassen, und dabei blieb es auch.²⁷

Die Grundprinzipien der NEP haben die planmäßige Industrialisierung begleitet, und erst diese Kombination ermöglichte ihren Erfolg.²⁸ So war Stalins Lohnpolitik nichts anderes als die Ausweitung von Bucharins an die Bauernschaft gerichteten "Bereichert euch!" auf das Industrieproletariat. Die Stoßarbeiter haben ja nicht für Medaillen und Urkunden malocht, sondern weil sie gutes Geld verdienen konnten.

Der sog. "NEPmann"²⁹ war zwar eine Erscheinung der 1920er, aber das Phänomen des zur Schau gestellten Reichtums prägte auch die Jahrzehnte danach. Linke Puritaner im In- und Ausland störten sich daran, aber Feuchtwanger hat es in seinem Reisebericht von 1937 perfekt auf den Punkt gebracht: "André Gide wundert sich weiter, und diesmal wundern sich viele mit ihm, über die Ungleichheit des Einkommens in der Sowjet-Union. Ich wundere mich über diese Verwunderung. Mir scheint es durchaus vernünftig, daß die Union das sozialistische Prinzip: 'Jedem nach seiner Leistung' befolgt, solange sie nicht den idealen Grundsatz des vollendeten Kommunismus: 'Jedem nach seinem Bedürfnis' verwirklichen kann. Mir scheint, beim Aufbau des Sozialismus geht es nicht um Verteilung der Armut, sondern um Verteilung des Reichtums. Ich sehe aber keinen Weg, wie man jemals dahin gelangen könnte, Reichtum zu verteilen, wenn man diejenigen, von denen man sich eine große Leistung verspricht, zwingt, ein so ärmliches Leben zu führen, daß es dieser Leistung Abbruch tun muß. Die Auffassung, es sollten die Bürger eines sozialistischen Staates, solange nicht alle ein reiches Leben führen können, ausnahmslos ein armes oder

²⁷ <https://fishki.net/anti/3443506-11-oktjabrja-1931-goda-v-sssr-zaprewajut-chastnuju-tor-govlju.html>. Es stellt sich hier die Frage, inwieweit dieses Verbot des privaten Handels mit dazu beigetragen hat, dass die Ernte 1932 weit geringer ausgefallen war als erwartet, was zur allseits bekannten Hungerkatastrophe geführt hat.

²⁸ Der trotzkistische russische Historiker Wadim Rogowin spricht in diesem Zusammenhang explizit von einer "Neo-NEP". Siehe z.B.: <https://www.amazon.de/dp/3886340740>. Ich hab Rogowin aber nie gelesen.

²⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Nepmann>

Diskussion: Sozialismus und Kapital

zumindest ein sehr bescheidenes Leben führen, scheint mir ein atavistisches Derivat urchristlicher Vorstellungen und mehr fromm als vernünftig."

Wer Feuchtwangers Reisebericht nicht kennt, sollte ihn unbedingt mal lesen: http://ciml.250x.com/archive/literature/german/feuchtwanger/1937_moskau_feuchtwanger.pdf

Übrigens: Wenn man Chruschtschows "Geheimrede"³⁰ vom Februar 1956 liest, wird man feststellen, dass er ausschweifend über den "Individualismus" von Stalin schimpft. Das war sein Problem mit Stalin. Und (unter anderem) genau auf dieser Grundlage griff er den Personenkult an. Aber auch der sozialistische Privatsektor sowie das Stücklohnsystem, das er ab 1957 abzuschaffen begann (was Karuscheit in "*Schlüsselkrise*" angemessen behandelt), war in Chruschtschows Augen nichts weiter als Ausdruck von Individualismus. Er hatte diese linke Idee, alles müsse "kollektiv" sein, wobei er den Staat als Verkörperung dieses "Kollektivs" betrachtete.

Ich würde sogar so weit gehen und argumentieren, dass die Dämonisierung Stalins lediglich den Zweck hatte, sein Erbe zu delegitimieren, um die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft so transformieren zu können, damit sie mehr gewissen Idealen der Linken wie "Egalitarismus" und "Kollektivismus" entspricht. Und die heutige ablehnende Haltung in Teilen der Linken gegenüber China beruht oft auf genau derselben ideologisierten Mentalität.

Manager statt Funktionäre

China ist im Grunde eine Neuauflage von Stalins Wirtschaftsmodell (*verstaatlichte, zentral geplante Abteilung I und weitgehend privatisierte, dezentral marktorientierte Abteilung II*), jedoch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Das ist auch der Grund, warum die chinesische Wirtschaft so sehr finanzialisiert ist. Finanzen im Allgemeinen sind wichtig, und meiner Ansicht nach zeigt es einen großen Mangel an Verständnis von Wirtschaft, wenn in kommunistischen Kreisen das Finanzwesen oft einfach als "kapitalistisch" abgetan wird.

Was sowieso total paradox ist: Marxisten betonen ständig, wie wichtig Wirtschaft für soziale Realitäten ist, haben aber gleichzeitig ein sehr schlechtes, in der Regel rein philosophisches Verständnis von Wirtschaft. Und eben auf philosophischer Ebene wird im Allgemeinen auch die Frage diskutiert, ob China sozialistisch sei – mit den üblichen philosophischen Fehlschlüssen.

Der Einfachheit halber will ich das an einem Zitat aus dem Wikipedia-Artikel zur "sozialistischen Marktwirtschaft"³¹ demonstrieren, das mir oft begegnet: "Wegen der schwachen wirtschaftlichen Leistungen der traditionellen Staatsunternehmen in der Marktwirtschaft schlug China eine Strategie der umfangreichen Privatisierung

³⁰ <https://www.marxists.org/archive/khrushchev/1956/02/24.htm>

³¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Marktwirtschaft

ein. In diesem Modell behält der Staat zwar formell das Eigentum und die Kontrolle über die großen staatlichen Unternehmen, hat aber wenig direkten Einfluss auf deren internes Management."

Das ist so absurd! Es ist doch offensichtlich keine Privatisierung, wenn "der Staat das Eigentum behält". Das ist keine Formalität, die Eigentumsfrage ist zentral. Diese "internen Manager" sind eben keine Eigentümer, sondern Verwalter. Sie üben eine Hausmeister-Funktion aus, im Auftrag des Eigentümers: Das chinesische Volk. "China stellt für das interne Management staatseigener Unternehmen Fachleute ein", so müsste man das formulieren. Diese Fachleute machen ihren Job und werden gut dafür entlohnt. Ist doch prima!

Warum sollen irgendwelche Staatssekretäre diesen Job machen? Selbst wenn diese vom Fach sind: Warum sollen sie als Staatsbedienstete Unternehmen managen, statt das als in staatseigenen Unternehmen angestellte Manager für Lohn bzw. Gehalt zu tun? Ersteres letzterem vorzuziehen widerspricht jeder Logik. Ein Manager ist im Prinzip auch "nur ein Arbeiter". Ein Lohnarbeiter, um genau zu sein. (Gut, er kriegt "Gehalt", aber...) Ist alleine das nicht schon Ausdruck der Diktatur des Proletariats in China?

Adam Smith hat bekanntermaßen drei grundlegende Formen des Einkommens unterschieden: **Rente, Profit, Lohn**. Rente und Profit sind die klassischen Einkünfte des Adels und der Bourgeoisie, während Arbeiter von Lohn leben. Und die Diktatur des Proletariats macht alle zu Lohnempfängern.

Die im Kapitalismus privat angeeignete Rente ist im Sozialismus verallgemeinert und fließt ins Staatsbudget mit ein; der im Kapitalismus als privater Profit angeeignete Mehrwert steht im Sozialismus zu einem Teil als Staatsbudget der Allgemeinheit zur Verfügung,³² zum anderen Teil als individueller Lohn für die an der Wertschöpfung direkt Beteiligten. Simpel. Auch das ist übrigens Ausdruck der "Ausweitung von Lohnarbeit". Warenproduktion und Lohnarbeit stehen nicht bloß "im Zentrum der kapitalistischen Produktionsweise", sondern ihre Verallgemeinerung ist eine Grundvoraussetzung der sozialistischen Produktionsweise. Dazu gleich mehr.

Wie die Praxis die Theorie eingeholt und überholt hat

Meine Bemerkung weiter oben, das moderne China sei im Grunde eine Neuaufgabe von Stalins Modell, habe ich mir übrigens nicht ausgedacht. Das ist eine Tatsache. Der chinesische Ökonom Xue Muqiao³³ war maßgeblich für die Reformpolitik unter Deng Xiaoping verantwortlich, und er hat sich explizit auf Stalins "*Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*" berufen. In der Wikipedia wird

³² Bei staatseigenen Firmen direkt, bei Genossenschaften über die (*dank Nationalisierung niedrige*) Steuer.

³³ https://en.wikipedia.org/wiki/Xue_Muqiao

Diskussion: Sozialismus und Kapital

angemerkt, dass dieser Text "ironischerweise" benutzt wurde, um Konzepte der "sozialistischen Marktwirtschaft" zu rechtfertigen.³⁴ Aber da ist überhaupt keine Ironie, wie ich hoffentlich in meinen Ausführungen zum sowjetischen Privatsektor zeigen konnte und im Folgenden noch zeigen werde.

Im Wiki-Artikel zur sozialistischen Marktwirtschaft wird die chinesisch-marxistische Position wiedergegeben, wonach "eine sozialistische Planwirtschaft nur möglich ist, nachdem zunächst eine umfassende Warenwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen etabliert wurde. Erst nach deren vollständiger Entwicklung wird sie sich schließlich selbst erschöpfen und graduell in eine Planwirtschaft verwandeln." Genau das sagt im Grunde auch Stalin in "*Ökonomische Probleme*",³⁵ nur drückt er sich umständlicher aus. Zum Beispiel hier: "Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muss man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktentauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen."

Karuscheit zitiert diese Stelle in "*Schlüsselkrise*" (Satz zur Fußnote 41) und führt weiter aus, dass laut Stalin dieses Problem "erst mit dem gegenwärtig nicht aktuellen Übergang zum Kommunismus anstehen" würde. Dieses Zitat stammt aus Stalins Antwort an Sanina und Wensher, die laut ihm "mit dem Marxismus [brechen] und den Weg des subjektiven Idealismus [beschreiten]." Dabei haben sie offenbar nur seine "*Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen*" gelesen und fehlerhaft in eigenen Worten wiedergegeben. Was nicht verwunderlich ist, denn "*Ökonomische Probleme*" ist gekennzeichnet von Stalins teilweise widersprüchlich wirkendem Herumdrucksen.

Stalin kann nicht geradeheraus sagen, dass Engels sich in "*Anti-Düring*" zum Teil geirrt hat und die Realität in der Sowjetunion der Beleg dafür ist. Dass die Praxis die Theorie eingeholt und überholt hat. Stattdessen biegt er sich den Engels so zurecht, wie er ihn braucht, um als Schlussfolgerung seiner recht detaillierten Ausführungen sagen zu können, "**dass sich unsere Warenproduktion grundlegend von der Warenproduktion im Kapitalismus unterscheidet.**"³⁶ Das ist eine im Prinzip revolutionäre Feststellung, und ich möchte jeden Leser dazu auffordern, den zuvor angegebenen Link zu öffnen und dieses Kapitel zu lesen.

Die marxistische Theorie war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, die Realität in der UdSSR angemessen zu beschreiben, und Stalin war nicht in der Lage, die neue Realität angemessen theoretisch darzulegen. Und ich behaupte, das lag

³⁴ https://en.wikipedia.org/wiki/Economic_Problems_of_Socialism_in_the_USSR

³⁵ Veröffentlicht in Band 15 der Stalin-Werke, hier die archivierte Online-Version: <https://bit.ly/3dtnFWQ>

³⁶ Hervorhebung von mir. Das ist ein Fazit des zweiten Kapitels mit dem Titel "Die Frage der Warenproduktion im Sozialismus". Ich kann leider keine Seitenzahl nennen, da ich mit der Online-Version des Textes arbeite.

nicht an ihm, sondern am herrschenden Diskurs in der Sowjetunion und der sozialistischen Bewegung insgesamt.

Erst die chinesischen Marxisten seit Deng³⁷ haben es verstanden, auf Grundlage der Erfahrungen sowohl in der Sowjetunion als auch in China eine theoretische Erneuerung bzw. Anpassung der marxistisch-leninistischen Theorie auszuarbeiten. Und zwar unter expliziter Berücksichtigung von Stalins *"Ökonomische Probleme"*. Das Wesen dieser Schrift ist ja, dass Stalin die sowjetische Realität – mal explizit, meist implizit – gegen marxistischen Dogmatismus verteidigt. Wie z.B. im folgenden Zitat, zu dem ich anmerken möchte, dass Stalin zwar von Kolchosen spricht, aber alle Artels meint, auch die industriellen. Er kann es nur nicht so offen aussprechen, weil das in seinem Umfeld im Prinzip undenkbar ist, nach dem Motto: *„Die rückständigen Bauern, da kann man solch reaktionäres marktorientiertes Denken und Handeln ja verstehen. Aber zu behaupten, das fortschrittliche Industrieproletariat würde (bla bla bla) ...“*

Dabei waren die Proleten bis vor kurzem eben diese Bauern, und sie haben natürlich ihre Mentalität und Attitüde mit in die Städte gebracht. Das genossenschaftliche **Artel** in Industrie und Handwerk, diese Jahrhunderte alte russische Institution, hat entscheidend dazu beigetragen, dass die sowjetischen Arbeiter Staat und Wirtschaft als ihr Eigen wahrgenommen haben. Generell existieren Stalins Ausführungen in *"Ökonomische Probleme"* ja nicht im Vakuum, sondern müssen in Beziehung gesetzt werden zum sowjetischen Alltag der Zeit, den ich eben deswegen eingangs ein wenig näher beschrieben habe.

Aber jetzt das Zitat (Hervorhebungen von mir): "Dieser Umstand führt dazu, dass der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. **Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern**, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. **Darum sind Warenproduktion und Warenumlauf bei uns gegenwärtig eine ebensolche Notwendigkeit**, wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenumlaufs verkündete.

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer „Geldwirtschaft“ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden. Solange dies aber nicht der Fall ist, solange die zwei

³⁷ Unbedingt lesenswert: Oriana Fallaci Interview mit Deng Xiaoping: <https://redsails.org/deng-and-fallaci/>.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, **müssen Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben.** Auf welche Weise die Schaffung eines einheitlichen, vereinigten Sektors vor sich gehen wird, auf dem Wege der einfachen **Aufsaugung des kollektivwirtschaftlichen Sektors durch den staatlichen Sektor, was wenig wahrscheinlich ist (denn das würde als Expropriation der Kollektivwirtschaften aufgefasst werden),** oder auf dem Wege der Organisation eines einheitlichen Wirtschaftsorgans des ganzen Volkes (in dem die staatliche Industrie und die Kollektivwirtschaften vertreten sein werden) mit dem Recht zunächst der Erfassung aller Konsumgüter des Landes und im Laufe der Zeit auch der Verteilung der Produkte, sagen wir, auf dem Wege des Produktaustauschs - das ist eine besondere Frage, die eine getrennte Behandlung erfordert."

Die ganze Schrift ist eine Attacke gegen dogmatischen Marxismus.³⁸ In meinen Augen ist das eines der wichtigsten Werke des 20. Jahrhundert. Und die wohl radikalste Formulierung ist dieser Satz gegen Ende des zweiten Kapitels, wo Stalin mehr oder weniger offen eine Erneuerung der marxistischen Theorie fordert: "Ich denke, unsere Wirtschaftswissenschaftler müssen dieses Missverhältnis zwischen den alten Begriffen und der neuen Sachlage in unserem sozialistischen Lande beseitigen und die alten Begriffe durch neue, der neuen Lage entsprechende, ersetzen." Denn nicht nur die Warenproduktion im Sozialismus ist laut Stalin grundlegend anders als die Warenproduktion im Kapitalismus. Auch die Lohnarbeit hat einen gänzlich anderen Charakter. Darauf geht er vor dem soeben zitierten Satz kurz ein.

In der deutschen Übersetzung kann es verwirrend sein, dass er einerseits behauptet, das "System der Lohnarbeit" existiere nicht in der UdSSR, bei seiner Kritik an Jaroschenko z.B. aber ganz selbstverständlich von einer Erhöhung der "Löhne" spricht. Die Begriffe sind "наемный труд" vs. "зарплата", und der Übersetzer hat es eigentlich ganz gut gelöst. Denn Stalin stellt nicht **Lohnarbeit** als solche infrage, sondern das kapitalistische "**System der Lohnarbeit**", wo Arbeitskraft eine Ware darstellt, die Kapitalisten sich aneignen. Und eben das gibt es nicht im Sozialismus. Ich denke, spätestens jetzt ist deutlich geworden, wie ich die Begriffe Lohnarbeit und Warenproduktion nutze. Genau so, wie Stalin sie in "*Ökonomische Probleme*" nutzt.

³⁸ Nur zur Info: Teile der Rechten in Russland versuchen Stalins Kritik am Dogmatismus als Los-sagung vom Marxismus insgesamt zu deuten. Was natürlich absurd ist, aber ich wollte es erwähnt haben.

Alternativen zu Warenproduktion und Lohnarbeit?

Für Stalin war es selbstverständlich, dass im Sozialismus Arbeit entlohnt wird sowie dass Konsumgüter als Waren produziert werden und auch als Waren zirkulieren. Und er prognostiziert, dass die Überschüsse irgendwann so groß sein werden, dass man sie "aus dem System der Warenzirkulation herausziehen" kann. Bei den Chinesen wird daraus, dass die "Warenwirtschaft sich nach ihrer vollständigen Entwicklung selbst erschöpfen" wird. Das ist der gleiche Gedanke, und er ist zutiefst marxistisch.

Genau das war doch das Wesen der Kritik von Marx am Gothaer Programm: Erst bei wirklich hoch entwickelter Produktivität, wo der Gesellschaft Güter im Überfluss zur Verfügung stehen, also "nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

Vergesellschaftung ist Folge, nicht Voraussetzung!³⁹ Sie ist Folge der ungeheuer angewachsenen Produktivität, welche einen Überfluss an Gütern schafft und so die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sprengt. Wie aber soll Produktivität erhöht werden ohne eine Ausweitung von Lohnarbeit und Warenproduktion? Wie soll das technisch vonstattengehen?

Das ist keine rhetorische Frage. Wie soll das in der alltäglichen Praxis aussehen, dass "Produktivkräfte gewachsen (sind) und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen" – ohne Lohnarbeit und Warenproduktion? Wie sollen wir so viel Überfluss an Gütern schaffen, dass der "enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden" kann – ohne Lohnarbeit und Warenproduktion? Was sonst ermöglicht es, "die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren", wie Marx und Engels schon im *Kommunistischen Manifest* forderten?

Heutzutage sind Sozialisten, Kommunisten, Marxisten, etc. meist Anti-Kapitalisten. Marx und Engels aber waren Post-Kapitalisten und wollten die "kapitalistische Produktionsweise" maximal ausweiten, nur halt rational organisiert. Genau das verstanden sie unter "Sozialismus". Das Kapital als solches sahen sie nicht als Problem, auch nicht die Wert- bzw. Mehrwertproduktion.

Das Problem des Kapitalismus ist die *private Aneignung von gesellschaftlich geschaffenenem Kapital* und der sich daraus ergebenden *Organisation der gesellschaftlichen Produktion*. Marx und Engels im "*Manifest*" dazu: "Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler

³⁹ Bezogen auf Abteilung II. Denn die Verstaatlichung bzw. "staatskapitalistische" Organisation von Abteilung I ist Voraussetzung, nicht Folge. Wer die "Kommandohöhen der Wirtschaft" kontrolliert, bestimmt maßgeblich das gesamte wirtschaftliche Leben. Konsumgüterproduktion kennt selten derartige Monopolstellungen.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht. Wenn also das Kapital in ein gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter."

Das Kapital ist eine gesellschaftliche Macht!

Es geht nicht darum, es abzuschaffen oder so was. Es geht darum, es zu packen und zum Nutzen der Gesellschaft einzusetzen. *"Nur im Sozialismus ist Kapital bloß Produktionsmittel." Im Kapitalismus aber ist "Kapital kein Produktionsmittel, sondern ein Eigentumsrecht. Kapitalisten ermöglichen nicht Produktion, sondern sie drücken die Produktion unter die technisch effiziente Menge."* Diese Zitate stammen aus einem weiteren Tweet von mir und des darin zitierten Norbert Häring:

<https://twitter.com/qalette/status/1320285870306590721>

Marx und Engels haben sich doch nicht die Mühe gemacht, die Wirkungsweise des Kapitals in drei Bänden zu beschreiben, nur damit es das Proletariat "ausschalten" kann. Nein. Sie wollten das Proletariat auf diese Weise dazu ermächtigen, das Kapital unter Kontrolle zu bringen und sich wie ein Werkzeug zunutze zu machen. Die quasi göttlichen Zuschreibungen, die das Kapital in Teilen der Linken erfährt, sind Ausdruck einer Art mittelalterlichen Glaubens an Zauberei. Es hat nichts mit Rationalität und Wissenschaft zu tun, das Kapital zu einem Subjekt zu erklären.

Generell wird "Dekonstruktion" von gesellschaftlichen Prozessen und Realitäten viel zu oft und fälschlicherweise als "Destruktion" verstanden, im Glauben, man könne gesellschaftliche Prozesse und Realitäten beliebig "re-konstruieren" oder sogar ohne derartige Konstrukte auskommen. Das Übel der Postmoderne... Dekonstruktion dient dazu, Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, damit man sich diese zunutze machen kann. Mir scheint, dass selbst Marx das nicht ganz verstanden hat. Er macht sich ja regelmäßig lustig darüber, dass diese geistigen Schöpfungen so viel Macht haben, spricht von "gespenstiger Gegenständlichkeit", "phantasmagorischer Form", "Illusionen" usw. Aber der Fetisch ist mehr als das, er ist Technologie. So wie auch Geld eine Technologie ist. Nur weil man die Konstruiertheit einer Technologie durchschaut hat, hört sie doch nicht auf, zu funktionieren oder notwendig zu sein.

Erst Stalin scheint das verstanden zu haben. Zumindest legen seine Ausführungen in *"Ökonomische Probleme"* das nahe.

Güterproduktion vs. Kommodifizierung

Die Ausweitung von Warenproduktion und Lohnarbeit, die wir im Kapitalismus beobachten, trägt übrigens ganz anderen Charakter als den soeben beschriebenen.

Hier wird immer mehr **zur Ware gemacht**, der Begriff der Ware wird ausgeweitet. Nicht mehr bloß die Warenproduktion im Sinne von Güterproduktion wird ausgeweitet, sondern immer mehr Bereiche des Lebens werden kommodifiziert.

Eben damit geht auch eine konstante Ausweitung der Ware Arbeitskraft einher, und anstelle der z.B. von Keynes erwarteten Arbeitszeitverkürzung werden immer mehr "Bullshit Jobs"⁴⁰ geschaffen. Beide Prozesse sind Ausdruck einer kontinuierlichen Enteignung der Massen, die nur deswegen nicht sofort offensichtlich ist, weil der Überfluss an Waren im Sinne von Gütern ins nahezu Unermessliche gewachsen ist.

Diese totale Kommerzialisierung ist der Gegenpol zur ständigen Ausweitung des Kredits, ein System, das Varoufakis "Globaler Minotaurus" nennt: Ein aufgeblasenes System, das schon lange nicht mehr von Wertschöpfung lebt, sondern von den globalen finanziellen Abhängigkeiten, die mit Bretton Woods geschaffen wurden und von der US-Armee am Leben gehalten werden.⁴¹ Im letzten Jahr wurden über 40% aller jemals in Umlauf gebrachten US-Dollar gedruckt (M1 zugrunde gelegt,⁴² bei M3 sind es etwa 20%⁴³). Allein das spricht für sich.⁴⁴ Und es steht im krassen Gegensatz zur Währungspolitik in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg: Eine stabile Währung, in welcher der stetige Produktivitätszuwachs durch konstant sinkende Preise zum Ausdruck kommt.

Auch das hat Chruschtschow in den Sand gesetzt. Die Währungsreform 1947 sowie die Währungs- und Preispolitik bis 1953 sind sowieso ein spannendes Thema.⁴⁵

Volkseigentum und Volksherrschaft

In *"Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"* macht Engels gleich im ersten Satz klar, worum es geht. Und zwar um zwei Sachen:

- 1.) Der Klassengegensatz von Besitzenden und Besitzlosen
- 2.) Die in der Produktion herrschende Anarchie

⁴⁰ Ich nutze diesen Begriff sehr viel weiter gefasst als David Graeber, der ihn populär gemacht hat.

⁴¹ Und zwar als Zombie. Varoufakis argumentiert, dass dieses System 2008 an sein Ende gekommen ist.

⁴² <https://fred.stlouisfed.org/series/M1>

⁴³ <https://fred.stlouisfed.org/series/MABMM301USM189S>

⁴⁴ Um dieses unfassbare Geldvolumen aufzusaugen, findet die "Warenproduktion" mittlerweile im virtuellen Raum statt, siehe z.B. der Hype um NFTs: https://de.wikipedia.org/wiki/Non-Fungible_Tokens.

⁴⁵ Hier ein kurzer Blogpost über die berühmte Goldrubel-Verordnung vom 1.3.1950: <https://bit.ly/38jp2E9>. Das Thema ist Quelle für viele Mythen, beschäftigt aber auch Historiker, die in Russland leider oft zu Sensationslust neigen. Ausführlicher publizistischer Artikel zum Thema: <http://www.specnaz.ru/articles/195/27/1743.htm>.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

Beides sind offensichtlich zwei Seiten einer Medaille. In meinen Worten weiter oben: "Das Problem des Kapitalismus ist die private Aneignung von gesellschaftlich geschaffenenem Kapital (*Der Klassengegensatz von Besitzenden und Besitzlosen*) und der sich daraus ergebenden Organisation der gesellschaftlichen Produktion (*Die in der Produktion herrschende Anarchie*)."

Beide Punkte werden von China sehr effektiv in Angriff genommen: Alles Kapital in Abteilung I ist in China **Volkseigentum**. Auch in Abteilung II ist der Großteil des Kapitals Volkseigentum, nur halt oft genossenschaftliches, und nicht staatliches Volkseigentum. Huawei z.B. ist eine Genossenschaft. Selbst das in China verdiente Geld ist nicht einfach Privateigentum der Person, die es verdient, sondern individualisiertes Volkseigentum: Dieses Geld kann nicht mit ins Ausland genommen, sondern muss in China ausgegeben werden. In zahlreichen Bereichen gibt es zwar weiterhin einen Klassengegensatz, aber insgesamt liegt die Macht eindeutig bei der Arbeiterklasse. Nicht unbedingt bei den individuellen Arbeitern, das wäre das bourgeoise Konzept, sondern bei den Arbeitern als Klasse, welche das nationale Kapital als Volkseigentum zum Nutzen der ganzen Nation in Bewegung setzt.

Die in der Produktion herrschende Anarchie ist zwar nicht beseitigt, aber zumindest in Abteilung I geht es doch sehr geregelt zu. Man darf nicht vergessen, dass in einem demokratischen Prozess ausgearbeitete 5-Jahrespläne die allgemeine Richtung der Wirtschaft vorgeben. Der "erste Schritt in der Arbeiterrevolution [ist] die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie", wie Marx und Engels es im "*Manifest*" formuliert haben. Genau das sehen wir in China. Denn entgegen aller bourgeoisen Unkenrufe ist das politische Modell in China durchaus eine Demokratie im Sinne von **Volksherrschaft**. Volkseigentum und Volksherrschaft sind Schlüsselkonzepte des Sozialismus.

Ich persönlich mag das "*Kommunistische Manifest*" ja überhaupt nicht. Man spürt in jeder Zeile das Gewicht des Jahres 1847. Das war Jahre vor bahnbrechenden Meilensteinen in der Wissenschaft wie z.B. Maxwells Gleichungen oder Darwins Evolutionstheorie. Auch der Wissensstand von Anthropologie und Psychologie war miserabel und blieb es noch über Jahrzehnte hinaus.

Und eben im "*Manifest*" sprechen Marx und Engels davon, dass das Proletariat "alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zentralisieren" werde. Genau daher kommt ja diese verhängnisvolle Idee "totaler Verstaatlichung", die schon Bakunin und andere scharf kritisiert haben.

Allerdings sagen sie im selben Satz ja auch, gleich vor dem soeben Zitierten, dass das Proletariat "der Bourgeoisie **nach und nach** alles Kapital entreißen" werde (Herv. von mir). Marx und Engels haben immer betont, dass dies ein Prozess sein wird, der sich zudem von Land zu Land unterscheidet. Und es ist klar erkennbar, dass man in China in genau diesem Prozess drinsteckt. Genauso wie die Sowjetunion

sich in diesem Prozess befand – bis Chruschtschow entschied, alles zu beschleunigen, was im Ergebnis diesen Prozess abwürgte.⁴⁶

Ungeduld und die oft überhohen Ansprüche sind ein ernstes Problem. Genau das war die Ursache für die Fehler Chruschtschows. Das Stalinsche System war ja alles andere als perfekt, sondern hatte einerseits enorme ungenutzte Überkapazitäten, während es andererseits krasse Verschwendung gab (wie z.B. die zuvor erwähnte Veruntreuung durch Genossenschaften). Es ist also durchaus verständlich, dass Chruschtschow und andere auf die Idee kamen, man könne die Effektivität steigern und Synergien schaffen, wenn man alles im Staat bündelt.

Aber diese oft beklagte Redundanz in der Stalinzeit war wichtig. Sie mag statistisch unangenehm und verschwenderisch gewirkt haben, aber sie war Ausdruck dieser explosiven sozialen Dynamik, die wohl einmalig in der Geschichte der Menschheit ist. Eine solche Dynamik lässt sich nicht kontrollieren, und schon gar nicht vorgeben. So sah halt das "als herrschende Klasse organisierte Proletariat" in Russland aus.⁴⁷

Es sollte nicht darum gehen, die Gesellschaft zu formen, sondern "die unter unseren Augen vor sich gehende Bewegung" zu erfassen und sich an deren Spitze zu stellen. Genau das verstand Stalin – im Gegensatz zu Chruschtschow und vielen anderen Kommunisten. Und auch die chinesischen Marxisten verstehen eben das sehr gut. Wird Zeit, dass auch deutsche Marxisten wieder lernen, das zu verstehen.

Wenn ich Draht zu einem großen Verlag in Deutschland hätte, würde ich versuchen, ihn zu überzeugen, dieses Buch auf Deutsch herauszubringen:

Viktor Zemskov: "**Stalin und das Volk. Warum es keinen Aufstand gab.**"⁴⁸ Allein den Titel muss man mal wirken lassen: Trotz der zahlreichen Konflikte gab es nicht einen Aufstand zur Zeit Stalins. Aber kaum ist er tot, geht's los... Und Zemskov macht gleich in der Einleitung klar, dass der wohl zuerst in den Sinn kommende Gedanke, dass es an der Repression gelegen habe, nicht weiter von den Tatsachen entfernt sein könnte.

Stalin hat an die Diktatur des Proletariats geglaubt. Gerade in der **Ermächtigung der Massen**⁴⁹ liegt das Geheimnis seines Erfolgs. Und ich vermute, dass u.a. deswegen die Staaten im Ostblock nach dem Zweiten Weltkrieg als "Volksrepubliken" etabliert wurden. Das war offenbar der Versuch, dem damaligen (und heutigen)

⁴⁶ Ich sag oft (halb) scherzhaft: Kommunisten sind eines der größten Hindernisse des Kommunismus.

⁴⁷ Man darf auch nicht vergessen, dass vieles in den 20er und 30er Jahren ausprobiert wurde, das sich als schlicht nicht praktikabel herausstellte. Zahlreiche ideologische Vorstellungen scheiterten an der Realität.

⁴⁸ <https://stalinism.ru/dokumentyi/stalin-i-narod-pochemu-ne-bylo-vosstaniya.html?showall=1>

⁴⁹ Was seine Schattenseiten hatte, das muss man gar nicht idealisieren.

Diskussion: Sozialismus und Kapital

Mainstream-Verständnis von Sozialismus als "totale Verstaatlichung" aus dem Weg zu gehen, da es nur kontraproduktiv sein konnte – wie sich nach Stalins Tod ja gezeigt hat.

(Einen neuen "Zwischenschritt" auf dem Weg zum Kommunismus zu etablieren, war offenbar einfacher, als die verknöcherte Definition von Sozialismus zu ändern. Auch China als Volksrepublik sieht sich ja erst auf dem Weg zum Sozialismus...)

Der "sozialistische Privatsektor" war von entscheidender Wichtigkeit, aber er war mehr Ergebnis von Trial-and-Error als Folge einer gezielten Politik und hatte kein theoretisches Fundament. Gerade dieser Sektor war wiederholten Angriffen seitens der Dogmatiker ausgesetzt, schon zu Lenins Zeiten, und ließ sich im Rahmen der damaligen marxistischen Theorie nur als "vorübergehend notwendig" rechtfertigen. Aber wie kann etwas **permanent vorübergehend** sein...?

Stalin scheint sich des Problems bewusst gewesen zu sein und hat eben deswegen in "*Ökonomische Probleme*" angefangen, diese in der Sowjetunion gesammelte praktische Erfahrung als Theorie zu formulieren. Und er tat es sehr rudimentär, weil es sonst nicht verstanden worden wäre. Nicht, weil die anderen "dumme Bauern" oder so etwas waren, sondern weil der Marxismus als Lehre so war wie er war. Und zwar auch außerhalb der Sowjetunion, wie Karuscheit in "*Arbeiterschaft und SED-Sozialismus*" (AzD 92) am Beispiel der deutschen Kommunisten demonstriert hat.

Generell lässt sich festhalten, dass Stalin die Menschen und ihr Handeln ins Zentrum seiner Betrachtungen stellte, während Chruschtschow (und die Linke insgesamt) das System hervorhob, den Staat und die Ideologie. Ein, wie ich finde, sehr plastisches Beispiel dafür ist der Umgang mit der Religion. Stalin war bekennender Atheist, aber er hat wiederholt das Recht der Menschen auf Religionsausübung verteidigt. Die Macht und der Einfluss der Kirche war das eine, die wurde bekämpft, aber die weit verbreitete Religiosität sollte auf natürlichem Wege überwunden werden. Chruschtschow "dagegen kann es nicht abwarten, bis die Religion dieses ihres natürlichen Todes verstirbt" (Engels: *Anti-Düring*) und startet 1959 eine massive anti-religiöse Kampagne.⁵⁰

Oder Chruschtschows Versprechen, in 20 Jahren werde man den Kommunismus erreicht haben. Er war offensichtlich "von den gewaltigen Errungenschaften der Sowjetmacht überwältigt, vor den außerordentlichen Erfolgen der Sowjetordnung von Schwindel befallen und [bildete sich ein], dass die Sowjetmacht 'alles vermag', dass ihr 'alles ein leichtes ist'..." (Stalin: *Ökonomische Probleme*).

Es war übrigens Chruschtschow, der das ganze Wesen der Sowjetunion auf die Systemkonkurrenz zugespitzt und Lenins "Einholen und Überholen" zum Motto

⁵⁰ [https://en.wikipedia.org/wiki/USSR_anti-religious_campaign_\(1958–1964\)](https://en.wikipedia.org/wiki/USSR_anti-religious_campaign_(1958–1964)). Diese Kampagne unterschied sich deutlich von der in den 30ern, die recht chaotisch und widersprüchlich verlief: <https://w.wiki/32L4>. Erinnert sei auch daran, dass Stalin nach dem 2.WK einen Deal mit dem berühmten polnischen Kardinal Wyszyński hatte.

gemacht hat. Stalin hingegen betonte regelmäßig Lenins "Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung".

So wie ich das verstehe, wollte Stalin damit daran erinnern, dass Kommunismus eben nicht die Herrschaft der KP bedeutet oder die Realisierung einer Utopie, sondern eine auf Arbeiterräten beruhende Demokratie mit hohem technologischen Standard. Oder anders gesagt: Dass es nicht um Ideologie geht, sondern um **materielle Bedingungen**. Es gibt zahlreiche Anekdoten, in denen Stalin seine Genossen zügelte und sie aufforderte, Fachleuten das Urteil in einer Sache zu überlassen. Seine Vision für die UdSSR scheint eine demokratisch formierte Technokratie gewesen zu sein, in der die KP eine untergeordnete Rolle spielt.

Was wäre ein Text über Stalins UdSSR wert, wenn man die "notwendig barbarischen Züge", wie Karuscheit es in "*Schlüsselkrise*" nennt, nicht wenigstens kurz anspricht. Angesichts der – von den eindeutig nicht bäuerlichen USA – in Korea, Vietnam, Irak, etc. angerichteten Barbarei kann ich allerdings nicht verstehen, warum Karuscheit die Ursache dafür in den "bäuerlichen Verhältnissen des Landes" verortet.⁵¹ Natürlich war die Rückständigkeit des Landes entscheidend, aber nicht so sehr die soziokulturelle, sondern die physisch-materielle: Nicht existente Infrastruktur.

Ohne das weiter zu vertiefen, will ich auf eine Sache hinweisen: Chruschtschow hat die Behörde GULag abgeschafft, nicht das System der Straflager. Und nur, weil die sozialen Umwälzungen samt ihrer Konflikte bereits durchgestanden waren und die Infrastruktur zur Versorgung entlegener Lager aufgebaut, nur darum gab es weniger Opfer. Das war die klassische Ernte fremder Früchte. Show, nichts weiter.

Dieses Thema kann ich gerne an anderer Stelle ausführen, wenn entsprechendes Interesse bei der Leserschaft der AzD besteht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

⁵¹ Fünfter Absatz von unten: "Diese Entwicklung [...] trug unter den bäuerlichen Verhältnissen des Landes notwendig barbarische Züge."

Manfred Englisch

Zur DDR-Kritik in den AzD 92

Zunächst kommt es mir darauf an, einen solidarischen Klassenstandpunkt in der kritischen Rückschau auf die Geschichte von Sozialisten und Kommunisten in Deutschland einzunehmen. Es ist unsere Geschichte, aus der wir für die Gegenwart und Zukunft unserer Bewegung Lehren ziehen wollen, einer Bewegung, die sich reorganisiert für den nächsten Ansturm auf die Bollwerke von Kapitalismus und Imperialismus. Der messianische Westliche Marxismus dagegen fühlt sich wohler in der Distanz unbefleckter Reinheit eines theoretisch echten Sozialismus jenseits des realen.

Bertolt Brecht verhielt sich anders: Noch am 17. Juni 1953 schrieb Brecht einen Brief an Ulbricht, in dem er die Handlung der Regierung billigte, aber auch eine Erwartung ausdrückte:

Werter Genosse Ulbricht,

die Geschichte wird der revolutionären Ungeduld der sozialistischen Einheitspartei ihren Respekt zollen.

Die große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus wird zu einer Sichtung und einer Sicherung der sozialistischen Errungenschaften führen.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszudrücken.

Ihr Bertolt Brecht

(Die Parteizeitung der SED, Neues Deutschland, druckt am 21. Juni 1953 den Brief nur unvollständig ab. Es wird lediglich der letzte Satz veröffentlicht, und lässt somit die kritischen Stellungnahmen im ersten Teil des Briefes weg. <https://www.grin.com/document/13442>)

Diese Perspektive, diese Absicht, zum gemeinsamen Lernen vorwärts zu schreiten, kommt mir in manchen Äußerungen zu kurz, was nach meinem Eindruck auch an den ideologischen und politischen Spaltungen in der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung liegen mag.

Wenn man sich mit der Geschichte der deutschen Spaltung und hier insbesondere der Politik der Ost-KPD und SED von 1945 bis 1989 beschäftigt, kommt man aktuell nicht an dem „Lesebuch“ von **Heinz Niemann: Kleine Geschichte der SED, Verlag am Park, Berlin 2020**, vorbei. Dieser Band versteht sich gerade nicht als Abrechnungsliteratur, obgleich der Autor als Insider und ehemaliger Geschichts-

professor der DDR gehörig auszuteilen versteht. Mittlerweile gibt es zahlreiche Rezensionen von Niemanns Buch, das mit 747 Seiten nicht wirklich „klein“ ausgefallen ist.

- *Von Leo Schwarz*: <https://www.jungewelt.de/artikel/384423.geschichte-der-sed-der-falsche-mann.html>

- *Von Horst Maiwald*: <https://www.unsere-zeit.de/mit-insiderwissen-134641/>

- *Von Günter Benser*: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1141875.krisen-kritik-kollaps.html>

- *von Erhard Crome*: <https://das-blaettchen.de/2020/08/unzeitgemaesse-betrachtungen-2-53795.html>

- *von Raimund Ernst*: Erst die Größe der historischen Chance lässt ermessen, wie hoch der Verlust ist! in **Marxistische Blätter 6/2020**, Wege des Sozialismus (leider ohne Fundstelle im Internet)

<https://www.jungewelt.de/artikel/390580.marxistische-blaetter-spezifische-dialektik.html>

- *von Heiner Karuscheit*: in Aufsätze zur Diskussion, Nr. 92, Dez. 2020

Wie und womit wird die Frage nach den Gründen für das Scheitern der DDR beantwortet?

Ohne überzeugende Aufarbeitung des großen Scheiterns eines ersten Versuchs, den Sozialismus auf deutschem Boden aufzubauen, sind deutsche Kommunisten dazu verurteilt, alte Fehler und Schwächen ihrer Programmatik und Politik erneut zu wiederholen. Nibelungentreue zu alten Heroen und deren Erzählungen ist nicht angebracht.

Ich möchte hier einfach und salopp aufgreifen, was Heiner Karuscheit an Antworten in AzD 92/2020 anbietet:

Das Ergebnis der Volkskammerwahl vom März 1990 stellte die nationale Einheit Deutschlands mit DeMark-West & Konsumangeboten grenzenloser Freiheit über die Bewahrung der sozialen Errungenschaften der DDR. Die Arbeiterklasse der DDR setzte ihre ganze Hoffnung auf ein besseres Leben in den Anschluss an die kapitalistische BRD. Die SED hatte ihre Basis im werktätigen Volk verloren, und das schon seit 1952/53. Die Ereignisse von 1953 und 1989 nur als Werk der Konterrevolution zu begreifen und nicht als Folge der falschen Politik von Partei- und Staatsführung bei der Behandlung von Widersprüchen im Inneren, geht schon dialektisch fehl, weil äußere Widersprüche nur vermittels innerer Widersprüche wirksam werden.

Damit ist auch die deterministische Geschichtsauffassung, zu der sich der Historiker Niemann in dem Vorwort seines Buches bekennt, widerlegt. Es gibt eben kein Endziel der Geschichte. Engels an Lafargue: „Wenn man aber ein Ideal hat, kann man kein Mann der Wissenschaft sein, denn man hat eine vorgefasste Meinung.“

Diskussion: Zur DDR-Kritik

Dennoch folge ich nicht Karuscheits wiederholtem Aufwerfen der nationalen Frage als unabdingbaren Bestandteil einer Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution. Im Gegenteil: Die Arbeiterschaft der DDR wollte 1989/90 die Grenzen der „sozialistischen Nation“ niederreißen und endlich Mobilität in Form von Reisefreiheit erringen. Dafür reizten Begrüßungsgelder, Westautos und Pauschalreisen. Die schwülstigen Jubelreden zur wiedergewonnenen nationalen Einheit wurden von Westpolitikern gehalten. Kohls Versprechen „blühender Landschaften“ fiel dagegen auf einen fruchtbaren Boden.

Festzuhalten bleibt, dass ein Reisepass der in der Schengen-Union vereinigten europäischen Staaten (inkl. Norwegen, Schweiz, Island) die Binnengrenzen und viele weitere Grenzen in der Welt öffnet. Selbst das deutsche Monopol- und Finanzkapital stützt seine Hegemonie nicht mehr primär auf eine nationale Basis, sondern auf den europäischen Raum und darüber hinaus. So wie es im Kommunistischen Manifest vorausgesagt wurde, dass „die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse“ verschwinden.

DDR-Kritiker aus der Tradition der westdeutschen MLM-Bewegung (Marxismus-Leninismus-Maoismus) hängen dagegen bis heute an der Deutschen Frage und der Machterringung im Rahmen des Nationalstaates – in der Zeit ihrer ideologischen Adoleszenz war die westdeutsche Jugend geprägt durch Mauerbau, Popkultur, Trikont und die Niederschlagung des Prager Frühlings. Daher kann auch Karuscheit der immerhin 10 Jahre dauernden Stabilisierung der DDR nach 1961 unter Ulbricht, die Niemann als „rotes Wirtschaftswunder“ kennzeichnet, nichts abgewinnen. Trotz seines apologetischen Hangs würdigt Raimund Ernst in seiner Rezension von Niemanns Buch realistisch die Folgen der Grenzsicherungsmaßnahmen seitens der DDR unter Ulbricht: „Zutreffend ist das Fazit Niemanns: >>Erst nach dem 13. August konnte die (bis dahin nur theoretisch verkündete) Politik der friedlichen Koexistenz in Europa praktische Gestalt annehmen<<<“.

Aus meiner Sicht verdient Ulbrichts Wirtschaftskonzeption des NÖS(PL) eine ausgewogene Analyse, auch im Licht der Reformpolitiken in China, Vietnam und Kuba. Weitgehend unerwähnt bleibt in den Rezensionen der wirtschaftliche Druck, den die KPdSU unter ihrem neuen Generalsekretär Breschnew auf die DDR ausübte, der zu einem ungleichen Wirtschaftsvertrag führte. Am Tag der Unterzeichnung wurde Erich Apel, der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, in seinem Büro erschossen aufgefunden.

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/11-plenum-der-ddr-vor-50-jahren-das-ende-des-reformprozesses/12681922-all.html>

Die später folgende Stagnation im realen Sozialismus unter Breschnew und Honecker erfuhr auf dem 11. ZK-Plenum ihre kulturpolitische Erstarrung in einer kleingeistig-dogmatischen Kampagne des SED-ZKs gegen kritische Künstler

und experimentierfreudige Kulturschaffende, daher auch der Name „Kahlschlag-Plenum“. Danach war absehbar, dass sich die Intelligenz zu großen Teilen von der SED abwendet, schließlich 10 Jahre später in offener Gegnerschaft nach der Ausbürgerung Biermanns innerlich emigriert und endlich die geistige Führung im Demokratischen Aufbruch von 1989 übernimmt, der zum Ende der DDR führt.

<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/228714/gruenes-licht-aus-moskau-die-sed-fuehrung-am-vorabend-des-kahlschlag-plenums>

<https://www.mdr.de/zeitreise/stoebeln/damals/avobjekt1446.html>

https://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel_nr=849

Manfred Englisch

Analyse der Niederlagen

Grausam-gründliche Analyse der Niederlagen als Selbstkritik eigener Geschichte

Verfasst nach dem Lesen von *Heiner Karuscheit: Sozialismus ohne Basis – Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR, Berlin 2021*, daraus: „keine Analyse [ist] zu der Erkenntnis vorgedrungen, dass die kommunistische Bewegung durch ihre eigenen Irrtümer, Schwächen und Erbärmlichkeiten das Scheitern verursacht hat. Es waren weder äußere Faktoren noch einzelne politische Fehler, die uns in die gegenwärtige Lage gebracht haben.“

Impuls:

„Das moderne Proletariat geht anders aus geschichtlichen Proben hervor. Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, ein für alle Mal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermesslichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. *Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.*“ (Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie = Junius-Broschüre, geschrieben im April 1915 im Gefängnis, ein Jahr später illegal in Deutschland verbreitet.)

Niederlage 1: Die *Verpreußung der deutschen Sozialdemokratie* führt 1914 zur Vaterlandsverteidigung (Burgfrieden) im imperialistischen Weltkrieg. Die SPD

Diskussion: Analyse der Niederlagen

findet nach Ende der Sozialistengesetze ihre Nischen der betulichen Integration in die adelig-bürgerliche Gesellschaft. Das beeindruckend breite Fundament des sozialdemokratischen Milieus umfasst Gewerkschaften, Parteipresse, Konsumvereine, Baugenossenschaften, Turn- und Sportvereine und vieles mehr. Programmatisch beruht die Verpreußung der SPD auf dem Credo des Erfurter Programms von 1891, dass der Sozialismus naturnotwendig, wie eine überreife Frucht vom Baum, den Sozialisten in den Schoß fallen werde. Die Kleinproduzenten und Kleinbauern würden untergehen, um die Mehrheit der doppelt freien Lohnarbeiterklasse zu einer erdrückenden werden zu lassen. Somit könnte die Macht ergriffen werden über den Weg der parlamentarischen Wahlen. Aber die alten Mittelklassen verschwinden nicht; sie werden sogar noch verstärkt durch die Entstehung neuer Mittelklassen aus Angestellten, Beamten und Freiberuflern. Die bürgerlich-demokratische Revolution verendet in einem Klassenkompromiss zwischen nationalliberalem Bürgertum und adeligen Großagrariern, schließlich auch getragen von den ehemals „vaterlandslosen Gesellen“ der SPD. Woher also sollten die Vollender der bürgerlichen Revolution kommen?

Lenin kritisiert an Rosa Luxemburgs „Junius-Broschüre“ von 1915 zur „Krise der Sozialdemokratie“ auch deren Rückwärtsgewandtheit: „Der fortschrittlichen Klasse schlägt er [Junius] vor, sich der Vergangenheit und nicht der Zukunft zuzuwenden! 1793 und 1848 stand *objektiv* sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und in ganz Europa die bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung. Dieser *objektiven* historischen Lage der Dinge entsprach das ‚wahrhaft-nationale‘, d.h. national-bürgerliche Programm der damaligen Demokratie, das im Jahre 1793 von den revolutionärsten Elementen der Bourgeoisie und der Plebejer verwirklicht und im Jahre 1848 von Marx im Namen der gesamten fortschrittlichen Demokratie verkündet wurde. (...) Das war der Inhalt der historischen Aufgaben der Epoche. Jetzt ist für die führenden, größten Staaten Europas die *objektive* Lage eine andere. Die Vorwärtsentwicklung - wenn man von möglichen, vorübergehenden Rückschlägen absieht - ist zu verwirklichen nur in der Richtung der *sozialistischen* Gesellschaft, der *sozialistischen Revolution*.“ (geschrieben im Juli 1916)

Niederlage 2: Die Weimarer Republik nach 1919 ist das *Ergebnis einer erfolgreichen Konterrevolution* von Sozialdemokraten und Reichswehr bzw. reaktionären Freicorps. Die Klassenbasis des preußischen Militäradels, der Großgrundbesitz mit halb-freiem Landproletariat, wird nicht beseitigt. Die „Weimarer Koalition“ aus Sozialdemokraten, Liberalen und dem Zentrum in Reich und Ländern wird von rechts aggressiv als „Novembervbrecher“ mit der Dolchstoßlegende und dem Kapitulationsvorwurf vor dem Diktat des Versailler Vertrages attackiert. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wird in die bürgerliche Republik integriert; Paradebeispiele: SPD-Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten. Nach 1923 gibt auch die KPD die Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD zur Herstellung der Klasseneinheit auf. Ihre ultralinke Politik greift frontal die SPD als Verräter, schließlich als

Sozialfaschisten an, spaltet die Gewerkschaftseinheit und bekämpft die demokratische Republik als politische Form des kapitalistischen Krisensystems. Das Versagen der beiden Zweige der deutschen Arbeiterbewegung führt direkt zur

Niederlage 3: Der *Sieg des Faschismus* nach der Machtübertragung an die Koalition aus NSDAP und Deutschnationalen führt zur offen terroristischen Diktatur im gleichgeschalteten Führerstaat. Wegen der vorausgegangenen sektiererischen Politik von Thälmann-KPD und Komintern versagen die Arbeiterorganisationen an der Aufgabe, ihre antifaschistische Einheit zur Verteidigung der bürgerlich demokratischen Republik herzustellen. Die Volksfrontpolitik ist ab 1935 in Frankreich und Spanien nur bedingt erfolgreich. Das Ergebnis der Niederlagen ist 1939 der 2. *Imperialistische Weltkrieg*. Die Sowjetunion wird zur Teilhaberin der imperialistischen Weltaufteilung (Ostpolen, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Bessarabien, Nord-Bukowina). Die 3. Internationale ist gescheitert und wird 1943 als Zeichen der Absage an die Weltrevolution gegenüber der Anti-Hitler-Koalition aufgelöst.

Niederlage 4: Nach dem Ende des 2. Weltkrieges gelingt es der Arbeiterbewegung nicht, ein einheitliches antifaschistisches Deutschland herbeizuführen. Die *nationale Spaltung* in zwei Vasallenstaaten der Siegerblöcke wird bis 1953 besiegelt. Auch *Europa wird gespalten in Einflusszonen zwischen Ost und West*. In den meisten Ländern stehen Besatzungstruppen einer hegemonialen Schutzmacht, die einige Male im Innern gegen Rebellionen, Massenstreiks und Aufstände eingesetzt werden (Griechenland, DDR, Polen, Ungarn, CSSR). In der SBZ vereinigen sich KPD und SPD zur SED, die später zur bolschewistischen Kaderpartei neuen Typs umgeformt. In der BRD wird die West-KPD 1956 verboten und mit allen Untergliederungen wie im Faschismus aufgelöst und verfolgt. Ehemalige KZ-Insassen werden wieder eingekerkert und verlieren ihre Verfolgenrenten aus der NS-Zeit, während ehemalige NS-Größen unbehelligt von der Justiz leben. Die Sozialdemokratie favorisiert die Westintegration, und 1959 wird aus der marxistisch geprägten Arbeiterpartei mit dem Godesberger Programm eine linke Volkspartei.

Niederlage 5: Die brutale Dominanz der KPdSU führt zur Bevormundung der Bruderparteien und zur Unterwerfung der Interessen des internationalen Proletariats unter die Hegemonie des „Vaterlandes der Werktätigen“. Dieser beanspruchten Suprematie unterwerfen sich allerdings jene kommunistischen Parteien nicht, die ihr Land aus eigener Kraft befreit haben: Jugoslawien, China, Albanien, Nordkorea, Kuba, Vietnam. Andere Parteien lassen sich am Gängelband von Moskau führen. Das trifft auch für die SED und über sie verlängert für die 1968 neugegründete DKP in der BRD zu. Breschnew erklärt 1968 die Nachkriegsordnung der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam mit seiner Doktrin über die „begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten“ für unumkehrbar. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU spaltet sich die kommunistische Weltbewegung. Bürokratische Planwirtschaft, fehlende Massenbasis und Erziehungsdiktatur über die Arbeiterklasse führen zu Stagnation und Verfall der Produktivkräfte in den osteuropäischen Ländern des „realen

Diskussion: Analyse der Niederlagen

Sozialismus“. Weder existiert dort eine demokratische Räteherrschaft noch hat eine neue wissenschaftlich-technische Revolution die Produktivität beflügelt, im Sinne von Lenins Ausspruch: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes!“. Das materielle Lebensniveau bleibt niedrig, während die „Schaufenster des Westens“ reich gefüllt sind. Folgerichtig werden die „Mumien“ der Politbüros von ihren eigenen Völkern gestürzt. *Das „Volkseigentum“ reißen sich Oligarchen, Großkapital und Treuhandanstalt unter den Nagel, die den Sozialismus abwickeln.*

Impuls:

»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche Die soziale Revolution des [21.] Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. ***Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat.*** Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. ***Die Revolution des [21.] Jahrhunderts muss die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eignen Inhalt anzukommen.***« (Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, geschrieben von Dezember 1851 bis März 1852; zuerst erschienen im Mai 1852 im ersten Heft der Zeitschrift "Die Revolution. Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften" von Joseph Weydemeyer; 2. überarbeitete Auflage 1869 in Hamburg. 3. Auflage unter der Redaktion von Engels 1885).

Welche Lehren ziehen deutsche Sozialisten und Kommunisten aus den Niederlagen?

Karl-Heinz Goll

**Zu den „Novemberfragen“ von Heiner Karuscheit (HK)
in AZD 88, 89, 90**

Trotz der Bismarckschen Sozialistengesetze (1878 bis 1890) erfuhr die deutsche Sozialdemokratie in dieser Zeit einen Riesenaufschwung, was Friedrich Engels nach dem Sturz Bismarcks zur (Fehl-)Prognose verleitete (MEW22/250-251), dass die preußische Armee „...gegen 1900 ... in ihrer Majorität sozialistisch“ sei und die sozialdemokratische Partei „heute“ (1891) „auf dem Punkt (steht), wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.“ Hätte Engels 25 Jahre länger gelebt, hätte er feststellen müssen, dass die Geschichte dieser euphorischen Vision radikal Hohn gesprochen hat. Wenn schon Engels 1891 so weit irrte, wohin war die Partei 20 Jahre später fortgeschritten?

Tatsächlich war die deutsche Sozialdemokratie im Sinn von Lasalles Staatssozialismus seit Bismarcks Zeiten quasi in den preußisch-kapitalistischen Obrigkeitsstaat „hineingewachsen“ (HK). Eine breite Basis von SPD-Kadern fand ihre Existenzgrundlage in staatlichen und halbstaatlichen Strukturen, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften, Versicherungen bis hin zur Armee und bildete den Kern zur Entwicklung der SPD zur sozialpatriotisch / imperialistischen Arbeiterpartei – trotz aller pazifistischen Lippenbekenntnisse vor 1914. So zielte das unter dem Vorkriegsvorsitzenden August Bebel entwickelte Konzept „nicht auf die Beseitigung des Militär- und Obrigkeitsstaates, sondern auf seine Übernahme unter sozialdemokratischer Führung“. (HK – AZD 88) Je deutlicher und aggressiver der deutsche Imperialismus seinen Charakter zeigte, umso beflissener wurde die maßgebliche Mehrheitsführung der SPD mit ihrer weitgehend staatstreuen Funktionärsbasis zu dessen Erfüllungsgehilfen bis hin zum Burgfrieden der „Vaterlandsverteidigung“ im 1. Weltkrieg. (Abgesehen von Unterschieden und Konflikten hinsichtlich der Kriegsziele zwischen SPD, bürgerlichen und junkerlichen Parteien vor Kriegsausbruch und danach.)

Die deutsche Novemberrevolution und der Spartakusaufstand 1919 bis hin zum Hamburger Aufstand 1923 scheiterten an einer „unreifen“ Klassenstruktur sowie der theoretischen und organisatorischen Schwäche der Revolutionäre im Verhältnis zur sozialdemokratisch geführten Konterrevolution im Bündnis mit Junkertum und Montanbourgeoisie. In Russland dagegen war der zaristische Staat 1917 zusammengebrochen, weitgehend aktionsunfähig und es gab die hinreichend zielklaren und erfahrenen Bolschewiki, die trotz der relativ geringen Zahl des Industrieproletariats, gestützt auf die Bauernmassen, die Revolution zum Erfolg führten.

Deutschland halbfeudal oder kapitalistisch?

Heiner Karuscheit macht m.E. einen grundsätzlichen Fehler, wenn er die preußische Staats- **und** Gesellschaftsordnung nach 1890 als „*vorbürgerlich*“, „*nicht von der Bourgeoisie beherrscht*“ definiert (u.a. AZD 88). Er macht keinen Unterschied zwischen Form und Inhalt, zwischen Staat und Gesellschaftsordnung, die er mit einem Bindestrich vermengt. Überspitzt könnte man so die Staats- **und** Gesellschaftsordnung Großbritanniens als vorbürgerliche Monarchie betrachten.

Immerhin hatten schon die Stein-Hardenbergschen Reformen in den Jahren 1807–1815 Ansätze für den Wandel Preußens vom absolutistischen Stände- und Agrarstaat zum (von Wikipedia blauäugig definiert:) „*aufgeklärten National- und Industriestaat*“ geschaffen. (Siehe dazu auch Fr. Engels, der das wesentlich kritischer gesehen hat: MEW2/S. 564 ff)

Marx hat in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ noch 1875 den preußischen Staat folgendermaßen charakterisiert: Ein Staat, „*der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist ...*“ (MEW 19/S.29)

Wenn HK schon feststellte: „*seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 war die Arbeiterpartei auf dem Boden einer „Integrationstaktik“ ... Schritt für Schritt in den Staat hineingewachsen – sie war zu einer staatstragenden Partei geworden*“ (AZD 89, S. 55) - so müsste ihm eigentlich auch aufgefallen sein, dass die Bourgeoisie seit 1875 (immerhin in 4 Jahrzehnten) mit diversen Parteien (Konservative, Nationalliberale, Freisinnige, Zentrum ...) genügend Zeit hatte, bis zum 1. Weltkrieg mindestens genauso staatstragend „hineinzuwachsen“. (Etwas schräg bzw. submarin könnte man das Bürgertum des späten Kaiserreiches mit einem Einsiedlerkrebs vergleichen, der mangels (demokratischer) Kruste mit seinem weichen Hinterleib in einem (preußischen Militär- und Obrigkeit-) Schneckenpanzer steckt, ohne dass man ihn deswegen mit der Schnecke verwechseln sollte.)

Die Gesellschaftsordnung – jedenfalls die politische Ökonomie – des späten Kaiserreiches war – bei allem junkerlichen "Beisatz" – wesentlich kapitalistisch und entwickelte sich imperialistisch. Den unlösbaren Zusammenhang der Grundrente mit dem Gesamtwert des jährlichen Produkts im Kapitalismus hat Marx insbesondere im 3. Bd. des Kapitals untersucht. Unter "*Die Revenuen und ihre Quellen*" heißt es: „*... Verwandlung alles Grundeigentums in die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Grundeigentums*“ (MEW 25/892). Auch wenn diese Verwandlung nicht perfekt und die ostelbischen Rittergüter noch geprägt waren von vorkapitalistischen Überresten halber Leibeigenschaftsverhältnisse, waren sie doch eingebunden bzw. überformt vom Markt des stürmisch entwickelten Kapitalismus.

1907 betrug der Anteil der „*Erwerbstätigen im sekundären Sektor*“ (Industrie, Handwerk, Bergbau) 40% und 25% im tertiären - gegenüber 35% im primären Sektor.

Bürgerliche Staaten sind die Form (ob demokratisch, militärdespotisch oder faschistisch – bei allen Unterschieden), die Existenzweise, die *Conditio-sine-qua-non* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die außerhalb staatlicher Formen überhaupt nicht existieren können. Sie sind grundsätzlich dazu da, die Zurichtung und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft qua Mehrwertproduktion, die Reproduktion und Akkumulation des Kapitals zu organisieren und zu garantieren.

HK stimme ich zu, wenn er feststellt, dass die Rolle der SPD im Novemberumsturz von 1918 weder ein „*Verrat*“ war, noch einer „*Machtscheu*“ geschuldet, auch nicht einer Angst vor Bolschewismus, Chaos und Bürgerkrieg. „*Die Revolution war aus Sicht der SPD-Führung ... ein Übel, denn sie drohte die Staatsmaschinerie zu zerstören, vor deren Übernahme man gerade stand*“. (HK, AZD 89, S.57) Daher endete die Novemberrevolution in einer „*SPD-geführten Konterrevolution*“.

Weiter muss man zustimmen, dass „*die Revolutionsräte weder von Spartakus unterwandert waren noch mehrheitlich sozialistische Ziele verfochten, sondern wesentlich die Beseitigung des preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaates zum Ziel hatten, also Träger nicht eines revolutionär-sozialistischen, sondern eines revolutionär-demokratischen Umsturzes waren.*“ (AZD 89, S. 48). Man könnte im Hinblick auf 1848 sagen: eines nachholenden revolutionär-demokratischen Umsturzes.

Die demokratischen Aufgaben, die 1918 „*nachholend*“ anstanden und von der Konterrevolution verhindert wurden, waren u.a.: Zerschlagung des Großgrundbesitzes, besonders der junkerlichen Adelsgüter, Sozialisierung der Großindustrie und der Banken, Zerschlagung des preußischen Militarismus, Trennung von Staat und Kirchen, Demokratisierung von Verwaltung, Justiz und Polizei ... Die erreichten Reformen wie Abdankung des Kaisers, Frauenwahlrecht, Koalitionsrecht, Betriebsräte, konnten nichts Entscheidendes an der Sicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter einer weitgehend obrigkeitsstaatlichen Ordnung in „*republikanischer Verkleidung*“ ändern.

Die Revolutionäre, die für das Ziel einer sozialistischen Republik nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution kämpften, blieben in der Rätebewegung eine Minderheit. Sie unterschätzten die noch unerledigten Aufgaben der bürgerlichen Revolution und die Aktionsfähigkeit der reaktionären Kräfte. Die KPD mit ihrem folgenden linken Sektierertum und ihrem Voluntarismus, die den unmittelbaren Kampf um Sozialismus und Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung hatte, konnte Massen rückständiger Arbeiter, Bauern und Millionen anderer kleiner Warenproduzenten nicht gewinnen und wurde vom Nazi-Faschismus überrollt.

Leserbriefe

An die AzD-Redaktion

„Wieder ein sehr interessantes und sogar spannendes Heft. Bei der "Sozialismus-Entscheidung" müsste man allerdings auch die parallelen Entwicklungen in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen berücksichtigen. In all diesen Ländern gab es nämlich zu dieser Zeit entsprechende Entscheidungen. Das war auch nicht verwunderlich, ging doch die sowjetische Führung in dieser Phase davon aus, dass der Kalte Krieg nicht mehr abzuwenden war, sie daher all diese Länder - und dazu Bulgarien und Rumänien - fest in ihr System einbinden musste. Sie brauchte nämlich deren Wirtschaftskraft, um ihre eigene Rüstungsindustrie aufbauen zu können. Die DDR-Führung hatte da nur einen sehr geringen Spielraum. Inzwischen nimmt man sogar an, dass die Stalin-Note mit dem Angebot zur Wiedervereinigung nur ein taktisches Manöver war, um die eigene Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der Westen tatsächlich gar keine Einheit wollte. Man rechnete in Moskau daher fest mit ihrer Ablehnung. Anschließend konnte man die Sozialismus-Entscheidung sehr viel besser legitimieren.

Aber das ist nur eine Randbemerkung. Dein Artikel ist Ausdruck einer wirklich gewollten Diskussion, die die DKP und die Rest-SED-Kader in der Linkspartei leider nicht führen. Dort weigert man sich beharrlich, die tieferen Ursachen der Niederlage zu verstehen. Stattdessen wird die DDR mystifiziert, indem sie als "größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung" verklärt wird.“

Andreas Wehr, Berlin, 25.12.2020

„Hallo Hr Karuscheit,

ich habe Ihren Aufsatz "Sozialismus ohne Basis, Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR" mit großem Interesse gelesen und habe mich von der Kernthese überzeugen lassen.

Interessant, dass von einer ganz unterschiedlichen Vorgeschichte und Großrastrer man doch zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen kann. Für Griechenland oder Italien halte ich den "Rechtskurs" für völlig verfehlt, während er für Deutschland, wie Sie sehr plausibel ausführen, das einzig Vernünftige gewesen wäre. Wie sehr das bis zum Erfurter Programm zurückzuverfolgen ist, wage ich nicht zu beurteilen.“

Wilhelm Langthaler, Wien, 26.12.2020

„Vor allem die Rezension zur kurzen Geschichte der SED hat mir sehr gut gefallen! Das sehe ich fast identisch. Einziges Manko: Ich frage mich, wo HEUTE die Perspektive sein soll, wenn ich gegen die SED die 1930er Jahre der SU als positives Beispiel halte. Zugegeben, in der SU gab es in den 1930ern noch begeisterte Massen, Aufbruchstimmung und eine berechtigte Hoffnung, dass eine neue Gesellschaft aufgebaut wird. Aber es ist gescheitert! Du würdest sagen 1953. Da bin ich skeptisch. Auch in den 1930ern hatten sie keine Mehrheiten. Die Ergebnisse der Kollektivierung waren auf dem Lande das gleiche Desaster wie später in der DDR in Stadt (und Land). Wenn die Leute nicht wollen, dann wollen sie nicht... Vielleicht war es also nie möglich in diesem Bauernland? Vielleicht schon 1923 klar? Nach der faktisch gescheiterten Kollektivierung? Vielleicht nach dem II. WK? Nach den Säuberungen waren fast alle Leute erschossen, die einen Plan von Marx hatten. Nach dem II. WK waren die gesellschaftlichen Kräfte, die nach vorne wollten, vernichtet... Hier könnte man noch jahrelang forschen, diskutieren usw., wo es gescheitert ist. Aber unterm Strich haben wir es heute doch mit ganz anderen Voraussetzungen zu tun. Eure Fixierung auf historische Fragen verstehe ich deshalb nicht ...“

Chris, Leipzig, 6.Januar 2021

„Liebe Genossen,

ich lese und schätze Eure Zeitschrift schon lange, weil Ihr versucht, den Anspruch, Geschichte (und irgendwann mal Politik?) als Ausdruck von Klassenkämpfen zu begreifen, einzulösen und damit z.T. überraschende Erkenntnisse zu Tage fördert. Damit ist nicht gesagt, dass ich alle Sichtweisen teile, das ist aber auch unerheblich, denn nur Kritik bringt weiter. Leider gibt es in meinem Umfeld sehr selten Gelegenheit (und aktuell erst recht nicht), die interessanten Fragen zu diskutieren. Wenn ich aber weiß, dass Ihr an Kommentaren interessiert seid, werde ich mich zu gegebener Zeit auch mal äußern!“

Viele Grüße

Michael Karnatz, 23.Januar 2021

„Meine Einschätzung zu eurer Publikation ist schnell geschrieben: Großartig! Ich lese eure Texte mit großem Vergnügen und noch größerem Gewinn. Ich würde gar so weit gehen und sagen, dass mir genau solch eine Publikation gefehlt hat. Diese Lücke habt ihr gefüllt, dafür sage ich DANKE!“

Sava Djahov, Berlin, 27.Januar 2021

„Herzlichen Dank für eure tollen Publikationen!“

E.N., Kühlungsborn, Januar 2021

Dokumentation

Die Post-Wagenknecht-Linke

Die Linke nach ihrem Bundesparteitag: Für kommende Auseinandersetzungen gut aufgestellt? (Andreas Wehr, März 2021)

"Die linken Parteien haben ihre frühere Wählerschaft im Stich gelassen." So beschrieb Sahra Wagenknecht in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung die Situation der Linken: „Was heute als links gilt, hat mit den traditionellen Anliegen linker Politik oft nicht mehr viel zu tun. Statt um soziale Ungleichheit, Armutslöhne und niedrige Renten drehen sich linke Debatten heute oft um Sprachsensibilitäten, Gendersternchen und Lifestyle-Fragen. Diejenigen, für die linke Parteien eigentlich da sein sollten, also die Beschäftigten, die untere Mittelschicht, die Ärmeren, wenden sich deshalb ab. Von Arbeitern und Arbeitslosen werden linke Parteien kaum noch gewählt. Die linken Parteien sind Akademikerparteien geworden.

Linke Parteien sind heute vor allem in der urbanen akademischen Mittelschicht verankert, da kommen viele ihrer Mitglieder und Funktionsträger her. Vor allem letztere sind oft unter privilegierten Bedingungen aufgewachsen und haben kaum einen Zugang zum Leben normaler Menschen.“¹

Ganz ähnlich formulierte es der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Fabio de Masi, in einem Schreiben, in dem er seine Gründe dafür nannte, weshalb er nicht noch einmal für den Bundestag antritt: „Parteien in der Tradition der Arbeiterbewegung waren immer lebensnah. Sie kannten die Lebenswirklichkeit der Menschen, die von ihrer Hände Arbeit lebten. Sie haben Grundwerte wie Solidarität durch Verankerung in der Lebenswelt der Beschäftigten verteidigt. Die Debatten der Meinungsführer in den akademischen Milieus, die Codes der digitalen Empörung und Hashtags, die häufig nur wenige Stunden überdauern und nichts kosten, sind dafür kein Ersatz. (...) Identität ist wichtig im Leben. Sie darf aber nicht dazu führen, dass

¹ In ihrem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 23.10.2021 sprach Sahra Wagenknecht ausdrücklich von den „linken Parteien“, also auch von SPD und Grünen. Inzwischen hat der Konflikt um die identitäre Ausrichtung linker Politik die SPD erreicht. So wurde der in der FAZ am 22.02.2021 von Wolfgang Thierse veröffentlichte Artikel „Grabenkämpfe gegen Gemeinsinn: Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?“ von der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken und dem stellvertretenden Vorsitzenden Kevin Kühnert scharf kritisiert. Woraufhin Thierse ihnen anbot, die SPD zu verlassen. Vgl. „Wolfgang Thierse bietet Rücktritt aus der SPD an nach Kritik über Äußerungen zur Identitätspolitik“, in RT Deutsch vom 03.03.2021

nur noch Unterschiede statt Gemeinsamkeiten zwischen Menschen betont werden und sich nur noch 'woke' Akademiker in Innenstädten angesprochen fühlen. Eine Politik, die nur noch an das Ego und die individuelle Betroffenheit, aber nicht mehr an die Gemeinschaft appelliert, ist auch Donald Trump nicht fremd.“²

Die so von Wagenknecht und de Masi kritisierte Partei Die Linke denkt aber nicht daran, sich dieser Sicht anzuschließen. Auf ihrem Ende Februar 2021 online abgehaltenen Parteitag blickte Katja Kipping vielmehr selbstzufrieden auf fast neun Jahre Politik an der Parteispitze zurück. Unter der Überschrift "Was wir in den letzten Jahren erreicht haben" nannte sie an erster Stelle "die neuen Mitglieder".³

Der Linkspartei gehören gegenwärtig 60.350 Mitglieder an. Vergleicht man diesen Stand mit den Zahlen in den Jahren nach der Entstehung der Partei aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG 2007, so ist offensichtlich, dass sie seitdem erheblich geschrumpft ist - damals waren es noch 76.000. Vor allem im Osten verliert sie gegenwärtig weiter an Mitgliedern. Etwa in Sachsen: Deren Zahl ging dort von 8.261 im Jahr 2017 auf 7.416 im Jahr 2020 zurück. Oder in Brandenburg: Dort schrumpfte die Partei in nur drei Jahren von 6.061 auf 5.229.

Selbst in Thüringen, wo sie unter Bodo Ramelow bei Landtagswahlen erfolgreich war, ging die Mitgliederzahl zwischen 2017 und 2020 um 398 zurück. Der Verlust im Osten konnte immerhin in einem gewissen Umfang mit Zuwächsen im Westen - mit Ausnahme des Saarlands - ausgeglichen werden, so dass seit 2018 nicht mehr Sachsen, sondern Nordrhein-Westfalen der mitgliederstärkste Landesverband ist.⁴

Dass es bei der Mitgliederentwicklung nicht noch schlimmer kam, lag vor allem an den Neueintritten, die für die Amtszeit von Kipping und Riexinger seit 2012 mit 27.000 angegeben wird. Die Partei gewann vor allem junge Mitglieder: "Der Anteil von unter 35-jährigen Mitglieder stieg von 24 Prozent auf 27 Prozent der Mitgliedschaft. Bei den Neumitgliedern liegt der Anteil von unter 35-jährigen bei 63 Prozent (...), damit verjüngt sich die Mitgliedschaft weiter deutlich", heißt es im Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes.⁵

Es kam zu erheblichen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft: "In den knapp neun Jahren mit Katja Kipping und Bernd Riexinger als Vorsitzende hat sie sich stark demografisch gewandelt. (...) Das liegt daran, dass die vielfach noch DDR-geprägte Mitgliedschaft im Osten stark geschrumpft ist, und

² Fabio de Masi will nicht mehr kandidieren - „Eine solche Debattenkultur hat nichts mit Aufklärung zu tun“, in: Cicero vom 24.02.2021

³ Das ist die neue Zeit! Rede der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping auf dem siebten Parteitag am 26.02.2021

<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/siebenter-parteitag/detail/das-ist-die-neue-zeit/>

⁴ Vgl. DIE LINKE, Mitgliederzahlen 2017-2020

<https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/mitgliederzahlen-2017-2026/>

⁵ Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes, S. 143

Dokumentation: Die Linke nach dem Parteitag

zwar weniger durch Austritte als durch Todesfälle."⁶ Über die Zahl der Austritte wurden auf dem Parteitag keine Angaben gemacht. Es dürften aber nicht wenige gewesen sein, die die Partei in den letzten Jahren verließen, weil sie etwa mit ihrer Arbeit in Länderregierungen nicht einverstanden waren, oder ihr Parteibuch zurückgaben, da sie nicht länger einer Organisation angehören wollten, in der führende ihrer Mitglieder die DDR zum "Unrechtsstaat" erklärten.⁷

Die "Emanzipatorische Linke"

Unter den Neumitgliedern dürften sich viele jener finden, die Sahra Wagenknecht in ihrem Interview als der "urbanen akademischen Mittelschicht" zugehörig ansprach, denen die Alltagssorgen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten fremd sind. Das aber sind genau diejenigen, die von der von Katja Kipping angeführten Parteiströmung "Emanzipatorische Linke" für die Partei umworben werden, für die eben "Sprachsensibilitäten, Gendersternchen und Lifestyle-Fragen" entscheidend sind.

Und so orientiert sich die Alltagspolitik der Linken mehr und mehr an Jugendbewegungen wie Fridays for Future und an Demonstrationen von Black Lives Matter. Die Partei beteiligt sich an Aktionen für das Recht auf Migration, an Kampagnen gegen Nazis und alle die, die man für Rechtsradikale hält, schließlich engagiert man sich vor allem für die Freiheiten der unter LGBTQ versammelten Gruppen. Zwar wird immer wieder darauf verwiesen, dass sich die politische Arbeit nicht allein auf "Identitätspolitik" zugunsten einzelner gesellschaftlicher Gruppen verenge, sie sich vielmehr auch an Aktionen der Mieterbewegung, etwa mit der Kampagne "Bezahlbare Miete statt fetter Rendite", und mit der Aktion "Pflegerotstand stoppen" auch an gewerkschaftlichen Kämpfen beteilige. Doch diese Aktivitäten stehen nicht im Mittelpunkt ihrer Politik, sie beschränken sich in der Regel auf Auftritte im Internet und auf Unterschriftenlisten.

Gut gemeinte Kampagnen für mehr soziale Gerechtigkeit wie die auf dem Bielefelder Parteitag 2015 beschlossene Aktion "Das muss drin sein" blieben folgenlos. Der vor allem vom Co-Vorsitzenden Bernd Riexinger unternommene Versuch, identitäre Politik mit dem Eintreten für soziale Forderungen unter dem Label "verbindende Klassenpolitik" zusammenzubringen, fand allein auf dem Papier statt. Viele der neuen, meist jungen Mitglieder dürften hinzugekommen sein, um die Partei nach ihrem Bilde zu formen. Ihnen geht es darum, aus der sich einstmals als sozialistische Kraft verstehenden Linkspartei eine ökolibertäre, an identitären Themen orientierte Partei zu machen. Man orientiert sich dabei an den Grünen und neuerdings auch an

⁶ Die Post-Wagenknecht-Linke, in: taz vom 28.02.2021

⁷ Die Zahl der noch aus der DDR stammenden Mitglieder hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Ausdruck davon ist die Existenzkrise der Zeitung ND, die fast ausschließlich von diesen Mitgliedern gelesen wird.

den Jungsozialisten, die sich unter Kevin Kühnert ebenfalls auf diesen Weg begeben haben.

Für Kritiker dieses Kurses wird der Raum zunehmend enger

Die beiden jetzt so selbstzufrieden auf ihre Amtszeit zurückblickenden Katja Kipping und Bernd Riexinger vergaßen in ihrer Bilanz anzuführen, dass sich Sahra Wagenknecht 2019 nach einer beispiellosen Ausgrenzungs- und Diffamierungskampagne, an der beide Parteivorsitzende ihren entscheidenden Anteil hatten, entnervt vom Posten der Fraktionsvorsitzenden zurückzogen hat.

Gegenwärtig kämpft sie in Nordrhein-Westfalen um ihre Wiederaufstellung als Kandidatin für den Bundestag - mit ungewissen Ausgang. Fabio de Masi hat mit seinem Rückzug aus dem Bundestag bereits resigniert. In dieses Bild passt auch, dass bei den Wahlen für den Parteivorstand auf dem Februar-Parteitag prominente Kritiker durchfielen, etwa der Gewerkschaftssekretär und führende Repräsentant der Sozialistischen Linken in der Partei, Ralf Krämer. Nicht gewählt wurde auch Harri Grünberg von Cuba Si. Die Parteiführung wird es dadurch künftig leichter haben, sich von der bisherigen, gegenüber Kuba solidarischen Politik zu verabschieden. Bei einem kurz vor dem Parteitag bereits unternommenen Absetzungsversuch von Kuba, musste man am Ende noch Kompromisse im Parteivorstand eingehen. Nun ist das nicht mehr länger notwendig.

In einer Stellungnahme der Sozialistischen Linken (SL) in der Partei heißt es zu den Wahlen zum Parteivorstand: „Die Strömung der "Bewegungslinken", die gemeinsam mit der Antikapitalistischen Linken (AKL) und dem linksliberalen Lager der Partei ein paar Dutzend Stimmen mehr mobilisieren konnte, konnte alle ihre 20 KandidatInnen für den Parteivorstand durchsetzen. Dem gegenüber sind die Vertreter der Sozialistischen Linken, der Kommunistischen Plattform oder der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hartz IV sowie von Cuba Si nicht mehr in dem 44-köpfigen Gremium des Parteivorstands vertreten.“⁸

Es spricht viel dafür, dass diese beispiellose Niederlage der sozialistischen Kräfte auf einem Bundesparteitag einen Wendepunkt in Politik und Ausrichtung der Partei darstellt, ist sie doch Ausdruck einer tiefgreifenden demografischen Veränderung der Mitgliederstruktur.

Auf dem Weg zur ökolibertären Partei der urbanen akademischen Mittelschichten

Die Partei Die Linke ist unwiederbringlich auf dem Weg, eine ökolibertäre Partei der urbanen akademischen Mittelschichten zu werden, die anschlussfähig für SPD und Grüne ist. Zwar sprechen die Protagonisten dieser Entwicklung weiterhin viel

⁸ Erklärung zum Bundesparteitag: Nur gemeinsam kommen wir nach vorn! vom 04.03.2021, <https://sozialistische-linke.de/2021/03/04/erklaerung-zum-bundesparteitag-nur-gemeinsam-kommen-wir-nach-vorn/>

Dokumentation: Die Linke nach dem Parteitag

von "Sozialismus", von "Kapitalismus" und sogar von "Systemüberwindung". Aber das war bei den Jungsozialisten in der SPD nicht anders, und dies wiederholte sich dann bei den Grünen. Dies sind alles nur Worte, die vergehen. Mit Genugtuung kann denn auch die *taz* den Ausgang des Parteitags mit den Worten bilanzieren: "Die Post-Wagenknecht-Linke".⁹

Kipping und Riexinger nahmen als Ergebnis ihrer Amtszeit in Anspruch, dass die Linkspartei in den vergangenen neun Jahren "moderner" geworden und aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken sei. "Wir übergeben eine Partei, die für kommende Auseinandersetzungen gut aufgestellt ist", sagte Riexinger in seiner Abschiedsrede.¹⁰ Zu solch einer optimistischen Einschätzung kann man aber nur gelangen, wenn man den Niedergang der Partei bei Wahlen ignoriert. Bei nahezu allen Landtagswahlen der vergangenen Jahre büßte die Partei zum Teil erheblich an Stimmen ein.

In Brandenburg fiel sie von 27,2 Prozent im Jahr 2009 auf 18,6 in 2014. Bei der Wahl im September 2019 ging es weiter bergab: Die Linke verlor dort mit 7,9 Prozent mehr als jede andere Partei. Mit 10,7 Prozent blieb ihr am Ende nur noch ein gutes Drittel der Stimmen von 2009. Auch in Sachsen fiel sie von 20,6 Prozent in 2009 auf 18,9 Prozent in 2014 und schließlich auf nur noch 10,4 Prozent im September 2019 - was einen weiteren Rückgang um nicht weniger als 8,5 Prozent bedeutete - dies kommt annähernd einer Halbierung ihrer bisherigen Wählerschaft gleich! Die beiden Bundesländer waren keineswegs Ausnahmen: In Sachsen-Anhalt fiel der Anteil von 23,7 Prozent in 2011 auf 16,3 Prozent in 2016. In Mecklenburg-Vorpommern ging es von 18,4 Prozent in 2011 auf 13,2 im Jahr 2016 bergab. Nur in Thüringen gab es ein leichtes Plus von 27,4 Prozent in 2009 auf 28,2 Prozent 2014. Auch in Berlin konnte Die Linke zulegen, ohne allerdings die guten Ergebnisse von 1999 bzw. 2001 wieder erreichen zu können.

Auch in den westlichen Bundesländern sieht die Bilanz nicht viel besser aus. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelang es während der Amtszeit von Kipping und Riexinger nicht, in die Landtage zurückzukehren. In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg sowie in Bayern ist die Linkspartei von der Fünfprozenthürde weit entfernt. Lediglich in Hessen und in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg konnte sie leicht zulegen. Mit nur noch 5,5 Prozent fiel schließlich das Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 desaströs schlecht aus. Doch über all diese Niederlagen schwiegen Kipping und Riexinger in ihren Reden auf dem Parteitag!

Die Serie der Niederlagen wird sich sehr wahrscheinlich bei der anstehenden Bundestagswahl fortsetzen. Nach den gegenwärtigen Umfragen wird der Linkspartei

⁹ Ebenda

¹⁰ So geht das nicht weiter, in: junge Welt vom 27.02.2021

nur noch ein Ergebnis zwischen sechs und acht Prozent zugetraut. Vor vier Jahren hatte sie 9,2 Prozent erhalten und lag damit noch vor den Grünen!

Ganz anders lauten dagegen die Umfragewerte für die von der Partei kaltgestellte Sahra Wagenknecht. Sie gehört seit Jahren zu den beliebtesten Politikern des Landes.

Andreas Wehr ist Autor von Büchern und Artikeln zu Europa, Philosophie und Geschichte sowie zur aktuellen Politik und Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin. Mehr über ihn auf der Webseite: www.andreas-wehr.eu.

Sozialismus ohne Basis - Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR

(H.Karuscheit)

I. Die Grundlegung

1. Um Antifaschismus und Demokratie
2. Deutschlandpolitische Kontroversen in der sowjetischen Führung
3. Das Entscheidungsjahr 1952/53

II. Die innere Staatsgründung des Sozialismus in der DDR

1. Der Sozialismusbeschluss vom Juli 1952
2. Machtkampf in Moskau und ein „neuer Kurs“ der SED
3. Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953
4. Innere Staatsgründung

III: Von Ulbricht bis Honecker

1. Auf dem Weg zur Berliner Mauer
2. Mit dem „Neuen Ökonomischen System“ zum Triumph des Sozialismus
3. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als sozialer Befriedungsversuch
4. Leistungsprinzip und Produktivität

IV: Der Untergang

1. Der Sowjetstaat vor dem Ende
2. Kampf der Intelligenz um eine Erneuerung der DDR
3. Der Auftritt der Arbeiterschaft
4. Zum Charakter der Revolution

V: Erklärungen

1. Auf der Suche nach den Ursachen
2. Erinnerungen und Reflexionen
3. Der fehlende Markt als Grund des Scheiterns

Schlussbemerkung

Nach dem Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland sah die kommunistische Bewegung eine Zeit lang wie die künftige Siegerin der Geschichte aus. Nicht nur die Kommunisten waren von ihrem unvermeidlichen Triumph überzeugt – bis weit in die Reihen der bürgerlichen Welt hinein glaubte man, dass die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zumindest in Europa keine lange Zukunft mehr haben würde. Wie die Geschichte bei einem anderen Ausgang der sowjetischen Schlüsselkrise in den 50er Jahren verlaufen wäre, können wir nicht wissen. Fest steht jedoch, dass die Machtübernahme durch den von Chruschtschow geführten KPdSU-Parteilügel eine Niederlagenserie in Gang setzte, die unter dem Banner des Kommunismus in den Untergang der kommunistischen Bewegung führte.

Für diese Weichenstellung war die SED nicht verantwortlich, aber in einer maßgeblichen Position daran beteiligt. Ihre 1952/53 ohne und gegen die Arbeiterschaft durchgesetzte Einführung des Sozialismus in der DDR war von Beginn an verfehlt und führte dazu, dass der erste Sozialismusversuch auf deutschem Boden von Grund auf gescheitert ist – politisch, ökonomisch, gesellschaftlich und moralisch. Der Untergang 1989/90 markierte deshalb nicht nur einen Tiefpunkt der Arbeiterbewegung, sondern beseitigte zugleich einen Alp, der auf dem Marxismus gelastet hat, und gewährte die Chance, das eigene Scheitern zu ergründen.

In einer anderen Zeit und zu einer anderen Gelegenheit postulierte Marx, dass proletarische Revolutionen die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche in einer grausam-gründlichen Selbstkritik reflektieren würden. Doch wenn wir die bisher dargebotenen Erklärungen für das Scheitern des DDR-Sozialismus Revue passieren lassen, ist das Ergebnis ernüchternd. Von der Stärke des Kapitalismus bzw. Imperialismus über die verräterische Politik Gorbatschows bis hin zur Anziehungskraft des westlichen Lebensstandards auf eine unreife Arbeiterschaft treffen wir auf eine Aneinanderreihung äußerlicher Gründe für das entstandene Desaster. Oder es werden Fehler wie der Abbruch der NÖS-Politik dafür verantwortlich gemacht.

Nicht eine Veröffentlichung setzt das Ende des DDR-Sozialismus mit seiner Entstehung in Beziehung und untersucht die Umstände, unter denen die SED 1952 den Sozialismusbeschluss herbeiführte, obwohl mittlerweile durch den Untergang der DDR und der Sowjetunion genügend dokumentarisches Material zur Verfügung steht, um sich hierüber ein fundiertes Urteil zu erarbeiten. Im Spiegelkabinett der Ideologie gefangen, mit der sie groß geworden sind, bleiben die Autoren dem Marxismusverständnis der KPD/SED von einem ökonomisch gesetzmäßig vorbestimmten Sozialismus verhaftet. Anstatt die Sozialismusentscheidung als solche zu hinterfragen, nehmen sie so den Übergang zum Sozialismus als gegeben hin und suchen auf dieser Basis nach möglichen Erklärungen.

Dokumentation: Sozialismus ohne Basis

Deshalb ist keine Analyse zu der Erkenntnis vorgedrungen, dass die kommunistische Bewegung durch ihre eigenen Irrtümer, Schwächen und Erbärmlichkeiten das Scheitern verursacht hat. Es waren weder äußere Faktoren noch einzelne politische Fehler, die uns in die gegenwärtige Lage gebracht haben. Vielmehr sind die entscheidenden Ursachen in der Geschichte der sozialistisch-kommunistischen Bewegung selber zu suchen. Erst auf dem Boden einer solchen „grausam-gründlichen“ Selbstkritik kann der Marxismus neue Glaubwürdigkeit gewinnen. Und nur dann ist zu hoffen, dass er eines Tages, wenn die Verhältnisse wieder in Fluss geraten, der Bewegung zum Tanze aufspielen kann. Wenn nicht, dann nicht.